

MIT DEM ZEIGEFINGER GEGEN ISRAEL?

Acht Einwände gegen deutsche Besserwisserei



DEUTSCH - ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

Arbeitsgemeinschaft Stuttgart und Mittlerer Neckar

Herausgegeben von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Stuttgart und Mittlerer Neckar im Mai 2015

V.i.S.d.P.: Bärbel Illi, Keplerstr. 34, 73760 Ostfildern, baerbel.illi@t-online.de
Layout: M. Niedworok

Druck: SAXOPRINT GmbH, Enderstr. 92 c, 01277 Dresden

Bildnachweise:

Titel (von links nach rechts): Bienchido (CC BY-SA 4.0); Ynhockey (CC BY-SA 3.0).

S. 11: NASA (gemeinfrei).

S. 13: Public domain.

S. 16: GPO (CC BY-SA 3.0).

S. 19: Wikimedia Commons (CC BY-SA 3.0).

S. 24: Michael Thaidigsmann (CC BY-SA 4.0).

S. 32: SecretDisc (CC BY-SA 3.0).

Einleitung

In Deutschland blickt man überwiegend sehr negativ und von oben herab auf den jüdischen Staat. Kein Konflikt auf der Welt bewegt die Gemüter hierzulande mehr als der so genannte „Nahostkonflikt“. Und in keinem Konflikt vermeinen Millionen, sich so gut auszukennen. Doch ein genauerer Blick offenbart, dass Schuldabwehr und Ressentiment bis heute den meisten Deutschen einen objektiven Blick auf Israel verstellen, wie Benjamin Weinthal in seinem Kommentar zum Israelbild der Deutschen herausarbeitet. Diese Befindlichkeit weitet Kreise der Bevölkerung findet auch Niederschlag in deutscher und europäischer Politik. In vielen Bereichen legt sie es darauf an, Israel zu schaden. Bettina Kudla MdB nennt einige ökonomische Maßnahmen wie die Leitlinien der EU zur Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen und zur Kennzeichnungspflicht. Ihre Anwendung würde die Volkswirtschaft Israels und damit auch seine Sicherheit schwächen. Auch verhindert die EU mit ihrer Anti-Siedlungshaltung den Friedensprozess. Wer meint, Israel mit Sanktionen erziehen zu müssen, unterstellt dem Land mit unangenehm oberlehrerhafter Geste moralisches Versagen. Solche Tendenzen in der deutschen Politik trugen ihrerseits zur weiteren Verschlechterung des Israelbilds in den letzten Jahren bei. Dass diese Stimmung eine verständliche Folge konkreter Maßnahmen der israelischen Regierung sei, ist zwar eine beliebte Behauptung. Doch sie ist wenig glaubwürdig, denn obwohl fast jeder eine Meinung über die israelische Politik hat, kennt sie kaum jemand in Deutschland wirklich.

Die Palästinensische Autonomiebehörde ist gemäß den Maßstäben des internationalen Rechts kein Staat. Wenn nun europäische Parlamente reihenweise „Palästina“ anerkennen, geht es ihnen vorrangig darum, Israel zu diskreditieren. Sie schaden damit dem Friedensprozess, argumentiert Nathan Gelbart, und schieben ihn auf die lange Bank. Der Konflikt kann nur in Verhandlungen gelöst werden. Welche Risiken sie eingeht – und sie sind wegen der Kriege rings um Israel größer denn je – kann die israelische Gesellschaft nur selber entscheiden.

Zwischen Terror und Friedensnobelpreis verortet Sebastian Mohr die PLO in einem kurzen Abriss ihrer Geschichte. Wer Israel umstandslos in Verhandlungen über einen Frieden zwingen will, unter dem die andere Seite die Vernichtung Israels versteht, gefährdet den jüdischen Staat. Die Gefahr, dass ein zweites Gaza entsteht, ist real. Die Palästinensische Autonomiebehörde ist nicht mehr demokratisch legitimiert und steht einer Hamas-Mehrheit von 60 Prozent im Westjordanland gegenüber. Mit ihrer hartnäckigen Weigerung, Israel anzuerkennen, handelt die PLO gegen die Interessen der Palästinenser selbst.

Die deutsche Appeasement-Politik gegenüber Iran schadet der Sicherheit Israels unmittelbar. Der fortgesetzte Iran-Handel, politische und kulturelle Beziehungen halten das Regime am Leben. Dabei hätten Deutschland und die EU als wichtigste Handelspartnerinnen den

Schlüssel in der Hand, um die Ajatollahs unter Druck zu setzen und das menschenfeindliche Regime samt dem Atomprogramm zu beseitigen, wie Stephan Grigat in seinem Plädoyer für eine neue Iranpolitik einschätzt. Um in den aktuellen Verhandlungen einen wirklichen Stopp des Atomprogramms zu erreichen und die Umsetzung eines eventuellen Abkommens überhaupt durchsetzen zu können, muss ein hartes Sanktionsregime aufrecht erhalten, wenn nicht gar verstärkt werden.

Welch große Schnittmengen zum Antisemitismus ein verbreiteter personalisierender Antikapitalismus hat und wie nahtlos sich das einfügt in die Darstellung Israels als böses Monster, das „wir“ angeblich füttern müssen, beschreibt Lothar Galow-Bergemann. Schon vor 500 Jahren eröffnete Martin Luther die antizionistische Geisterbahn, auf der man bis heute in Deutschland so gerne fährt. Wer heute „alte Klischees im neuen Gewande“ verbreitet, schadet Israel.

Das Auswärtige Amt vergibt jährlich 150 Millionen Euro direkt und über EU-Projekte an die Palästinensische Autonomiebehörde, ohne sie an Bedingungen zu knüpfen und zu kontrollieren, wohin sie fließen. Es muss davon ausgegangen werden, dass mit den Geldern mindestens mittelbar auch die Renten von Terroristen finanziert werden. Während also die Juden im Westjordanland finanziell geknebelt werden, wird den Nichtjuden im Westjordanland das Geld hinterhergeworfen. Am Beispiel der UNWRA schildert Jörg Rensmann einen weiteren Skandal fahrlässiger Geldvergabe. Die UNWRA organisiert – auch mit deutschen Steuergeldern – eine Schulbildung, die die palästinensischen Kinder und Jugendlichen militärisch für den Dschihad trimmt und ihnen das Ziel der Vernichtung Israels einpflanzt.

Ein faires und Ressentiment-freies Verhältnis zu Israel würde sich lohnen, denn Israel hat viel zu bieten. Schon in den 90iger Jahren wurde das Programm Betzavta (Miteinander) für interkulturelle Trainings hierzulande adaptiert. Wer, wenn nicht Israel, in dem Menschen aus 70 verschiedenen Nationalitäten erfolgreich zusammen leben und arbeiten, kann solches Knowhow zur Verfügung stellen? Natürlich locken auch die neu entdeckten Gasfelder vor der Küste Israels. Die traurigen Erfahrungen mit Terror und seiner Abwehr werden für Europa angesichts sich häufender islamistischer Angriffe zunehmend interessant. Anders als das deutsche „Zentrum für Antisemitismusforschung“, von dem man sich manchmal ernsthaft fragen muss, ob es den Gegenstand seiner Forschungen überhaupt verstanden hat, glauben wir, es ist höchste Zeit, dass die Kultusministerien Gelder für den deutsch-israelischen Schulaustausch mobilisieren. Bisher erhalten Schulklassen keine Subventionen für Israel-Reisen. Solche Reisen können die Auseinandersetzung mit dem Holocaust konkret machen. Sie können interkulturelles und interreligiöses Zusammenleben erfahrbar machen. Und sie können ein realistischeres, objektiveres Israelbild befördern.

Insbesondere in der High-Tech hat Israel unglaublich viel zu bieten. Innovationen in der Tech-Branche zu entwickeln, ist dort eine Art Volkssport geworden. Israel bringt pro Kopf die meisten Patente hervor. Viele israelische Firmen sind Experten für globale Verbindungen. Manche Start-ups werden von ausländischen Firmen aufgekauft, nur um Zugang auf die internationalen Märkte zu bekommen, die diese erschlossen haben. In „Start-up Nation Israel“ (Senor/Singer, Carl Hanser Verlag München, 2012, Seite 306-307) nennen die Autoren Ursachen: „... die ungewöhnliche Kombination von kulturellen Attributen. Man sollte meinen, dass in einem Land wie Israel, dessen Einwohner als eher individualistisch gelten, der Zusammenhalt weniger ausgeprägt ist. Man sollte meinen, dass in einer solchen Kultur der persönliche Ehrgeiz die Teamarbeit beeinträchtigen wird. Und eine derart aggressive Kultur sollte eher hierarchisch organisiert sein. ... In Israel sind die anscheinend unvereinbaren Attribute der Aggressivität und des Verzichts auf Hierarchien, von Ehrgeiz und Einordnung in das Kollektiv durchaus miteinander vereinbar, wenn man die Erfahrung berücksichtigt, die die meisten Israelis in der Armee machen. Dort lernen sie, eine Mission zu erfüllen – was nur im Team möglich ist. ... Es kommt nicht in Frage, jemand zurück zu lassen. Die Anweisungen von oben sind auf ein Mindestmaß beschränkt, und von den Untergebenen

wird Improvisationstalent erwartet, selbst wenn das bedeutet, dass Regeln gebrochen werden müssen. Offiziere der unteren Ebene sprechen ihre Vorgesetzten mit dem Vornamen an, und wenn jemand den Fehler eines Vorgesetzten beobachtet, spricht er diesen Fehler an.“

Wie ein amerikanischer Manager die israelischen Verhältnisse beim Kauf eines israelischen Start-ups erlebt, ist im letzten Beitrag nachzulesen (ein Nachdruck der Seiten 45 bis 57 aus dem Buch Start-up Nation Israel).

Als vertiefenden Lesestoff zu den Angeboten Israels empfehlen wir die Newsletter:

- **DIG-Newsletter Zwischenzeilen:**
<http://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/zwischenzeilen/index/category/2015>
- **ILI News:** <http://www.i-like-israel.de/>
- **Newsletter der israelischen Botschaft in Berlin:**
<http://embassies.gov.il/berlin/AboutTheEmbassy/Pages/Newsletter1206-8165.aspx>

**Deutsch-Israelische Gesellschaft Stuttgart
und Mittlerer Neckar, April 2015**

Inhalt

Einleitung	S. 3
Inhalt.....	S. 4
Zum Israelbild der Deutschen	S. 5
Ökonomische Maßnahmen, die Israel schaden sollen.....	S. 6
Der „Staat Palästina“ und andere Erfindungen.....	S. 11
Geschichte und Gegenwart der Palestine Liberation Organization (PLO)	S. 13
Für eine neue europäische Iran-Politik.....	S. 18
Alte Klischees im Neuen Gewande.....	S. 22
UNRWA – auch deutsche Steuergelder für Kindesmißbrauch.....	S. 26
Beharrlichkeit	S. 30

Zum Israelbild der Deutschen

Laut einer neuen Studie der Konrad Adenauer Stiftung steht das vornehmlich positive Bild der Israelis von den Deutschen im starken Gegensatz zum Bild der Deutschen von den Israelis. Eine im Januar dieses Jahres erschienene Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt anhand ihrer Zahlen noch deutlicher, dass circa zwei Drittel der Deutschen Bevölkerung zwischen 18 und 29 Jahren eine ablehnende Einstellung gegenüber dem jüdischen Staat haben. Nach dieser Untersuchung betrachtet knapp eine Mehrheit der Deutschen die Israelis als negativ. Die Erkenntnisse, die sich aus dieser Studie ergeben, sind düster und in der Praxis als hochproblematisch zu erleben.

Nach wie vor bleibt der moderne Antisemitismus bei einem signifikanten Teil der Deutschen hartnäckig verankert. Zeigt die Bertelsmann Untersuchung doch, dass 35 Prozent der Deutschen Israels Regierungspolitik bezüglich des „Palästinenser Konfliktes“ mit Hitler-Deutschland vergleichen. Ein populäres Beispiel dafür sind die Äußerungen des bekannten Spiegel-Autors Jakob Augstein, der den Gazastreifen als „Lager“ bezeichnet hat, obwohl die palästinensische Terror-Organisation Hamas den Gazastreifen kontrolliert. Augstein behauptet, Israel herrsche über den Gazastreifen wie über ein „Konzentrationslager“.

Seine Feindlichkeit gegenüber orthodoxen Juden und Israel brachte Augstein den Rang 9 auf der Top Ten Anti-Semitic/Anti-Israel Slurs Liste des Simon Wiesenthal Zentrums ein.¹

Womit erklärt sich diese ablehnende Haltung vieler Deutscher gegen die einzige reale Demokratie im Nahen Osten?

Ein Beispiel aus der Wissenschaft zeigt folgendes auf: Eine stark kritisierte Untersuchung des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA), „Antisemitismus als Problem und Symbol“, die durch den Berliner Senat gefördert wurde, will keine Gruppenfahrten nach Israel stattfinden lassen. Das Argument: „Derartige deutsch-israelische Begegnungsprojekte könnten bei jugendlichen Teilnehmenden ungewollt eine Gleichsetzung der Kategorien ‚Israelis‘ und ‚Juden‘ befördern.“

Im Klartext: Das ZfA verwendet Steuergelder um z. B. Austauschprogramme zwischen Israelis und Deutschen zu verhindern. So wächst der Antisemitismus im Land weiter und weiter.

Verschiedene Untersuchungen in den USA beweisen, dass ein persönlicher Kontakt durchaus Vorurteile abbauen kann. Es ist also in Zeiten der tiefverankerten starken Ablehnung gegenüber Israel und Juden in Deutschland

wichtig, den Kontakt zwischen den Völkern herzustellen und nachhaltig zu unterstützen.

Leider trägt ein großer Teil der Wissenschaft und Medien in Deutschland einen gewaltigen Anteil an der anhaltend negativen Entwicklung in Sachen Antisemitismus hierzulande.

Ihre Ignoranz gegenüber dem modernen Verständnis von Antisemitismus bleibt natürlich nicht ohne Folgen. Der linke Literaturhistoriker Hans Mayer schrieb bereits im Jahr 1975: „Wer den Zionismus angreift, aber beileibe nichts gegen die Juden sagen möchte, macht sich und anderen etwas vor. Der Staat Israel ist ein Judenstaat. Wer ihn zerstören möchte, erklärtermaßen oder durch eine Politik, die

nichts anderes bewirken kann als solche Vernichtung, betreibt den Judenhass von einst und von jeher.“

Jean Améry, ebenfalls ein linker Journalist und Auschwitz-Überlebender, brachte den modernen Antisemitismus mit folgenden Worten auf den Punkt: „Der Antisemitismus ist im Antizionismus enthalten wie das Gewitter in der Wolke.“ Die krasse, intensive Kritik am jüdischen Staat ist auch ein Teil des gegenwärtigen Antisemitismus.

Um die schlechte Wahrnehmung der Deutschen gegenüber Israel positiv zu verändern, muss man sich mit den Entlastungsmotiven der NS-Zeit auseinandersetzen. Die psychologischen und soziologischen Aspekte des Nachkriegsantisemitismus spielen eine noch größere Rolle. Teile der deutschen Gesellschaft üben übertriebene Kritik an Israel als Entlastung des schlechten Gewissens wegen der Shoah.

Der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex sagt mit deutlichem Sarkasmus: „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen“. Die deutschen Philosophen Theodor Adorno und Max Horkheimer bezeichnen dieses Verhalten als „Schuldabwehrantisemitismus“.

In Anlehnung an diese Aussagen muss man aufgrund der neuesten Erkenntnisse sagen, der moderne Antisemitismus im Jahr 2015 lautet: Viele Deutsche und Europäer werden den Israelis den Holocaust nie verzeihen.

Die deutsch-israelischen Beziehungen bergen ein großes Potential. Der springende Punkt: Die Politik, die Medien, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft gemeinsam sind in der Lage das antisemitische Denken und Handeln gegenüber Israel zu verändern. Werden sie das machen?

Benjamin Weinthal ist Europakorrespondent der Jerusalem Post und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Foundation for Defense of Democracies.

„ Nach wie vor bleibt der moderne Antisemitismus bei einem signifikanten Teil der Deutschen hartnäckig verankert.“

1. http://de.wikipedia.org/wiki/Simon_Wiesenthal_Center#Top-Ten_der_antisemitischen.2Fantiisraelischen_Verunglimpfungen

Ökonomische Maßnahmen, die Israel schaden sollen

1. Leitlinien der Europäischen Kommission über die Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen

Am 19. Juli 2013 hat die Europäische Kommission im Amtsblatt der Europäischen Union (EU) ihre „Leitlinien über die Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen und ihrer Tätigkeit in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten im Hinblick auf von der EU finanzierte Zuschüsse, Preisgelder und Finanzinstrumente ab 2014“ veröffentlicht.¹

Leitlinien oder auch Mitteilungen der Europäischen Kommission gelten als formal rechtsunverbindliche Dokumente, in denen die Institution über ihre künftige Auslegung des Unionsrechts informiert. Im Bereich der Ermessensausübung können Leitlinien eine Selbstbindung des Organs beinhalten.²

In der genannten Leitlinie legt die Europäische Kommission die Bedingungen fest, unter denen künftig die Vergabe von EU-Unterstützungen an israelische Einrichtungen und ihre Tätigkeit in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten erfolgen soll. Zu den seit Juni 1967 besetzten Gebieten zählen laut Leitlinie die Golanhöhen, der Gazastreifen und das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem. Der Anwendungsbereich erstreckt sich auf Unterstützungen der EU in Form von Zuschüssen, Preisgeldern oder Finanzinstrumenten. Kurz zusammengefasst bedeutet dies, dass israelische Siedlungen auf besetztem Gebiet bei der Vergabe von europäischen Fördergeldern ausgeschlossen sind, ebenso israelische Einrichtungen und Organisationen, die auch in den Siedlungen aktiv sind. Ab 2014 muss jedes Kooperationsabkommen, zum Beispiel über Jugend-, Kultur- und Wissenschaftsprojekte, eine Zusatzklausel enthalten, um klarzustellen, dass das Vereinbarte keine Gültigkeit in den von Israel 1967 besetzten Gebieten hat.³

Die Europäische Kommission begründete ihr Vorgehen damit, dass die EU die Souveränität Israels über die genannten Gebiete nicht anerkennt und diese nicht als israelisches Staatsgebiet betrachtet. Außerdem hätte die EU mehrfach deutlich gemacht, dass sie keine Veränderungen der vor 1967 bestehenden Grenzen außer denjenigen anerkennt, die von den am Nahost-Friedensprozess beteiligten Parteien vereinbart wurden. Die Europäische Kommission berief sich in diesem Zusammenhang auch auf die Schlussfolgerungen des Rates Auswärtige Angelegenheiten zum Nahost-Friedensprozess (MEPP) vom 10. Dezember 2012, in denen die Außenminister der Mitgliedstaaten betonten, wie wichtig die Begrenzung der Anwendung von Abkommen mit Israel auf das von der EU anerkannte Staatsgebiet Israels ist.

2. Sachstand zur Kennzeichnung von Waren aus Israel sowie aus Siedlungen in den von Israel besetzten Gebieten

Eine EU-Leitlinie zur Kennzeichnungspflicht von Produkten aus den israelischen Siedlungen in besetzten palästinensischen Gebieten wurde bislang noch nicht von der Europäischen Kommission verabschiedet.⁴

Zum Hintergrund: Im Rahmen der 1995 begründeten Euro-Mediterranen-Partnerschaft wurde zwischen der Europäischen Union und Israel ein Assoziationsabkommen mit Vereinbarungen zum Handel getroffen. In dem EU-Assoziationsabkommen mit Israel (ebenfalls von 1995) gewährt die EU Israel ab Juni 2000 Zollvergünstigungen beim Export von Waren in die Mitgliedstaaten der EU.⁵ Die Zollpräferenzregelung zwischen der EU und Israel ist grundsätzlich sehr gut und befördert die Handelsbeziehungen.

Bereits im Protokoll dieses Assoziationsabkommens wurde die Vereinbarung getroffen, dass zum 1. Februar 2005 auf allen in Israel ausgestellten bzw. ausgefertigten Warenverkehrsbescheinigungen die Postleitzahl und der Name der Stadt, des Dorfes oder des Industriegebietes anzugeben sind. Auch wurde festgehalten, dass die Präferenzbehandlung für Waren abgelehnt wird, die ihren Herstellungsursprung in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten haben.⁶

Anfang August 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission auf ihrer Internetseite zum Thema Zollunion eine Liste, auf der die Namen der von dem Abkommen mit Israel nicht begünstigten Orte enthalten sind. Die Liste verfolgt den Zweck, Erzeugnisse zu bestimmen, die im Rahmen des EU-Israel-Assoziationsabkommens zur Zollpräferenzbehandlung nicht in Frage kommen.⁷

Die israelischen Zollbehörden kennzeichnen die Produkte aus den besetzten Gebieten nicht gesondert. Die Produkte gelangen allein mit der Bezeichnung „Made in Israel“ nach Europa. Die Zollbehörden der EU-Mitgliedstaaten prüfen allerdings, ob die Postleitzahlen, die auf den

„ Die Kommission begründete ihr Vorgehen damit, dass die EU die Souveränität Israels über die Gebiete nicht anerkennt. “

vorgelegten israelischen Ursprungsnachweisen angegeben sind, einer Postleitzahl entsprechen, die in der von der Kommission bereitgestellten Liste nicht begünstigter Orte aufgeführt ist. Ist dies der Fall, wird die Präferenzbehandlung abgelehnt und ein höherer Zoll fällig. Dies gilt auch dann, wenn weder der Ortsname noch die Postleitzahl des Herstellungsortes im Präferenznachweis aufgeführt wird. Aus diesem Verfahren resultiert eine deutliche Erschwernis des Exports israelischer Produkte, da das Siegel „Made in Israel“ in Frage gestellt wird. Dies zeigt, dass es nicht allein um die Waren aus den Siedlungsge-

bieten geht, sondern um israelische Produkte insgesamt.

Der Europäische Gerichtshof bestätigte 2010 die Entscheidung und das Vorgehen der Europäischen Kommission. Waren aus den besetzten Gebieten dürfen nach diesem Urteil tatsächlich keine Zollpräferenzregelung erhalten.⁸

Die Bundesregierung hat eine Kennzeichnungspflicht bislang stets abgelehnt. Bei den deutsch-israelischen Regierungskonsultationen im vergangenen Jahr in Jerusalem erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU): „Boycott ist für Deutschland keine Option“, eine Kennzeichnungspflicht könne nicht die Antwort sein, um den Friedensprozess voranzubringen.⁹

Regierungen von anderen EU-Mitgliedstaaten vertreten hierzu eine andere Ansicht. Im April 2013 schlossen sich 13 EU-Außenminister einer von der damaligen EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton initiierten Erklärung zur Kennzeichnungspflicht an. Die EU-Staaten Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Irland, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Portugal, Slowenien, Großbritannien unterzeichneten die Initiative.¹⁰

Derzeit ruhen aufgrund der aktuellen Friedensverhandlungen die Bestrebungen um die EU-weite Einführung einer Kennzeichnungspflicht. Es bleibt den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sowie den Handelsunternehmen überlassen, ob sie die Ware aus Israel und aus dem Westjordanland unterschiedlich kennzeichnen.

Es gibt bereits Beispiele dafür, dass die Politik der Europäischen Kommission bzw. Europäischen Union Spuren in der Unternehmenspolitik europäischer und deutscher Unternehmen hinterlassen hat. Dänemark, der britische Handelsverband und britische Lebensmittelketten kennzeichnen bereits die importierten israelischen Güter. Andere Staaten wie Schweden, Finnland und die Beneluxstaaten planen dieser Vorgehensweise zu folgen.¹¹

Darüber hinausgehende Bekanntmachungen – aus dem vergangenen oder diesem Jahr – zur geplanten Kennzeichnungspflicht israelischer Produkte liegen dem Deutschen Bundestag nicht vor.

Die negativen Folgen der israelkritischen EU-Politik werden auch an anderen Stellen offensichtlich. Die Projektentwicklungstochter der Deutschen Bahn, DB International (DBI), zog sich zum Beispiel bereits im Jahr 2011 aus der Planung der Neubaustrecke von Tel Aviv nach Jerusalem zurück. Als Grund für den Ausstieg aus dem 1,2 Milliarden Euro schweren Projekt wurden auch seitens der Deutschen Bahn völkerrechtliche Bedenken geäußert. Die Strecke sollte auf sechs Kilometern Länge auch durch das Westjordanland verlaufen. Gerade im Hinblick darauf, dass es in Israel kaum Schieneninfrastruktur gibt, ist es bedauerlich, dass das Projekt nicht zustande kam. Das Westjordanland hätte von dem Bau sicherlich auch profitiert. Insgesamt wolle die Deutsche Bahn International die Arbeit im Land jedoch fortsetzen.¹²

Im vergangenen Jahr wurde das Engagement der Deutschen Bahn in Israel wieder erkennbar. Die DB Bahnbau, ebenfalls ein Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG, gewann die Ausschreibung für den Bau von

100 km Streckennetz der israelischen Bahn. Die deutsch-israelische Zusammenarbeit soll ein Volumen von 167 Mio. Euro umfassen. Ausgebaut wird ein Schienennetz zwischen Haifa und Beit She'an. Ferner entsteht eine neue Bahnlinie zwischen Kfar Saba und Herzlia.¹³

Auch wurden von akademischer Seite Boykott-Aufrufe gestartet: Die US-amerikanische Wissenschaftler-Vereinigung American Studies Association (ASA) hatte zum Beispiel im Dezember 2013 für einen akademischen Boykott gegen Hochschulen und Universitäten in Israel gestimmt. Dabei beteiligten sich mehr als 1.200 Wissenschaftler, zwei Drittel stimmten für den Boykott. Der Boykott wurde zwar als symbolisch eingestuft, da sich der Beschluss der ASA auf die Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen beziehe, nicht auf einzelne Forscher. Außerdem hat die Resolution keine bindende Wirkung.¹⁴ Dennoch ist es ein ungewöhnlicher Vorgang.

„ Die Bundesregierung hat eine Kennzeichnungspflicht bislang stets abgelehnt. “

3. Der wirtschaftliche und politische Schaden aufgrund der EU-Leitlinien

Die Leitlinien sind aus folgenden Gründen besonders kritikwürdig:

- Die Anwendung beider Leitlinien würde Israels Volkswirtschaft schwächen und damit auch die Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit Israels schwächen.
- Die Leitlinien missachten die historische Entwicklung in den Gebieten Westjordanland, Ost-Jerusalem, Golanhöhen und Gazastreifen.
- Die Europäische Kommission nimmt Verhandlungsergebnisse im Nahost-Friedensprozess vorweg und engt damit diplomatische Lösungen ein.
- Die Leitlinien verdeutlichen, dass die Europäische Kommission keinerlei Verständnis bezüglich der Siedlungspolitik Israels zeigt. Damit wird erkennbar, dass der Beitrag der EU zum Friedensprozess erheblich eingeschränkt ist.

Eine leistungsfähige und hoch entwickelte Volkswirtschaft ist zentrale Voraussetzung für die Verteidigungsfähigkeit eines Landes. Die wirtschaftliche Schwächung von Israel ist zwangsläufig mit einer Schwächung der Verteidigungsfähigkeit und damit der Sicherheit Israels verbunden. Die Leitlinie zur Einschränkung der Förderfähigkeit von Einrichtungen und Preisgeldern etc. wird gerade auch zivile Projekte in den genannten Gebieten behindern bzw. zumindest nicht befördern und unternehmerisches, aber auch ehrenamtliches Engagement einschränken. Für die Hightech-Unternehmen Israels sind Förderzuschüsse und Preisgelder für Forschung und Entwicklung von besonderer Bedeutung, da sie in der Regel Anreiz und ein wesentliches Ziel der Forschungstätigkeit sind.

Eine Leitlinie über die Kennzeichnung von Produkten wird die Wettbewerbsfähigkeit von israelischen Unternehmen gegenüber der bisherigen Rechtslage stärker einschränken. Dies kann durchaus auch Investitionen verhindern, nicht nur von israelischen Unter-

nehmen, sondern auch von anderen ausländischen Unternehmen. Wer investiert schon gerne in ein Land, in dem manche Unternehmen Einschränkungen im Handel mit der EU hinnehmen müssen. Die Gebiete Westjordanland, Gazastreifen und Golanhöhen sind wirtschaftlich besonders schwach und benötigen dringend eine Verbesserung der Infrastruktur und Arbeitsplätze. Ein stabiler Rechtsrahmen für Investitionen ist hier notwendiger denn je. Der Nahost-Friedensprozess wird nicht erleichtert, wenn es den Menschen wirtschaftlich schlechter geht. Das Nachsehen haben insbesondere die Palästinenser.

Die Kennzeichnung von Produkten kann auch negative Auswirkungen auf die in Israel hergestellten Güter insgesamt haben, falls beim Export von Produkten, die in Israel hergestellt werden, das „Made in Israel“ in Frage gestellt wird oder dass gleich von israelischen Produkten Abstand genommen wird. Es verwundert schon, dass die Europäische Kommission hier lieber auf ein Kooperationsabkommen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO setzt – für Produkte, die in den Palästinensischen Autonomiegebieten hergestellt werden. Die PLO wird demnach von der EU als besserer Partner für Zollpräferenzen angesehen als Israel!

In den Leitlinien wird auf die seit 1967 durch Israel besetzten Gebiete verwiesen. Dabei beruft sich die EU auf das Völkerrecht. Es wird unterstellt, dass diese Gebiete zwangsläufig Gebiete eines Palästinenserstaates sind. Dies ist keineswegs der Fall. Vorausschicken möchte ich, dass es nicht Sache der Europäer ist, dies zu beurteilen, sondern dass Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde dies aushandeln müssen.

Nach internationalem Recht ereignet sich Besetzung nur in Gebieten, die einem anerkannten Herrscher genommen wurden. Der letzte anerkannte Herrscher über das Westjordanland und Gaza war das Osmanische Reich, das nach dem Ersten Weltkrieg zerbrach. Die jordanische und ägyptische Herrschaft über das Westjordanland bzw. über den Gazastreifen nach 1948 waren Folge eines Angriffskriegs, der auf die Zerstörung des neu gegründeten jüdischen Staates Israel abzielte. Die Angriffe verstießen gegen die Resolution 181 der Vereinten Nationen (auch als „Teilungsplan“ bekannt). Aus diesem Grund wurden die ägyptischen und jordanischen Machthaber über die Gebiete niemals von der internationalen Gemeinschaft anerkannt. Abgesehen davon hat bislang noch kein souveräner palästinensischer Staat je bestanden – weder im Westjordanland noch an einem anderen Ort.

Daraus resultiert: Da das Westjordanland keinen legitimen vorherigen Herrscher hatte, können diese Gebiete dem internationalen Recht nach nicht als „besetztes“ arabisches oder palästinensisches Land gelten. Die sachlich richtige Bezeichnung wäre „umstrittene Gebiete“.¹⁵

Aufgrund der Teilungserklärung der UN aus dem Jahre 1947, welche die Teilung von Palästina in einen israelischen und einen palästinensischen Staat vorsah, ergrif-

fen die Israelis unter Ministerpräsident Ben Gurion die Gelegenheit zur Staatsgründung, während die Palästinenser die eigene Staatsgründung nicht in den Vordergrund stellten und nicht vollzogen. Für die Palästinenser und die arabischen Nachbarn stand die Ablehnung der Gründung des Staates Israel im Vordergrund. Einen Tag nach der Staatsgründung wurde Israel von den arabischen Nachbarstaaten angegriffen, ein Prozent der damaligen jüdischen Bevölkerung kam dabei ums Leben.

Die Staatsgründung verlief nicht ohne Probleme – es gab Gewalt und Flüchtlinge –, aber es darf nicht vergessen werden, dass die Zahl der jüdischen Flüchtlinge aus den umliegenden arabischen Staaten mit rund 800.000 größer war als die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge mit rund 650.000.

Der Krieg von 1948 war gewiss ein Grund dafür, dass es nicht zur Gründung eines Palästinenserstaates kam. Es fehlten ferner auch die staatlichen Strukturen. Diese wurden erst ab 1993 mit der Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde ansatzweise aufgebaut. Staatliche Strukturen waren zwar 1948 in Israel auch nicht ausgeprägt vorhanden, trotzdem gelang Israel der Staatsaufbau in kurzer Zeit.

Das Westjordanland wurde nach dem Waffenstillstand von 1949 von Jordanien annektiert. Auch die Jordanier schafften es nicht bzw. hatten nicht den politischen Willen, auf dem Westjordanland einen palästinensischen Staat zu errichten.

Fast 20 Jahre wäre dazu Zeit gewesen. Schließlich besteht auch ein großer Teil der jordanischen Bevölkerung aus Palästinensern. Die These, dass Israel die Gründung eines Palästinenserstaates stets verhindert habe, stimmt also keineswegs.

Die Europäische Kommission hat mit einer solchen Haltung zu den „besetzten Gebieten“ auch nicht die geografischen Gegebenheiten Israels berücksichtigt. Dazu wäre sie aber verpflichtet, wenn sie sich gegenüber Israel positioniert. Diese wenig sachliche Vorgehensweise halte ich für besonders kritikwürdig.

Ein Blick auf die Landkarte zeigt ein Land, das an seiner schmalsten Stelle nur 15 Kilometer breit ist. Östlich davon liegt das Westjordanland, welches eben nur die Hälfte des Gebietes zwischen Mittelmeer und der Westseite des Jordans, der Lebensader der Region, umfasst. Im Vergleich zu den Nachbarstaaten ist Israel – bis auf den Libanon – ein kleines Land. Es ist durchaus verständlich, dass Israel hier insbesondere östlich von Jerusalem noch einen Gebietspuffer möchte und braucht. Umso enttäuschender ist es, dass der EuGH ausgerechnet sein Urteil über die Siedlung Ma’ale Adumim gefällt hat. Diese 37.000 Einwohner umfassende Stadt östlich von Jerusalem gehört unverkennbar zu Jerusalem und sichert Ost-Jerusalem ab.

Die UN-Teilungserklärung von 1948 sah für Jerusalem ausdrücklich einen Sonderstatus vor. Keineswegs sollte Jerusalem geteilt werden. Die Mitglieder der UN waren nach dem Zweiten Weltkrieg weise genug, um zu erkennen, dass eine Stadt wie Jerusalem nicht einfach geteilt

„ Die Kennzeichnung von Produkten kann auch negative Auswirkungen auf die in Israel hergestellten Güter insgesamt haben.“

werden kann. Ost-Jerusalem ist folglich nicht Bestandteil der palästinensischen Autonomiegebiete. Für Israel, das als jüdischer Staat gegründet wurde, ist der Zugang seiner Bürger zu den heiligen Stätten von existenzieller Bedeutung. Die heiligen Stätten des Judentums, wie die Westmauer und deren Teil, die Klagemauer, liegen in Ost-Jerusalem. Der Zugang zu ihren heiligen Stätten wurde den Israelis in der Zeit von 1949 bis 1967 durch die jordanische Herrschaft verwehrt. Mit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 hat Israel sich diesen Zugang wieder verschafft. Grundlegender Unterschied zu damals ist, dass Israel den Muslimen stets den Zugang zu ihren religiösen Stätten auf dem Tempelberg gewährt hat und auch heute gewährt, schließlich herrscht in Israel Religionsfreiheit. Bei den Muslimen steht Jerusalem nach Mekka und Medina nur an dritter Stelle der religiösen Stätten, während Jerusalem die Wiege des Judentums und damit auch die Wiege des Christentums ist. In der Präambel des Lissabon-Vertrages, welcher die vertragliche Grundlage der Europäischen Union bildet, heißt es, dass die EU „schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben (...)“ fußt. Das religiöse Erbe Europas ist das jüdisch-christliche Europa; auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruht auf der jüdisch-christlichen Kultur.

Israel hat den Ostteil Jerusalems und die Golanhöhen, die ursprünglich zu dem französischen Mandatsgebiet und später zu Syrien gehörten, annektiert. Auch aufgrund der Vereinnahmung der Golanhöhen gab es viel Kritik an Israel. Die Kritiker unterstellten Israel Expansionsstreben. Israel hat jedoch erreicht, dass heute Stabilität in den für die Sicherheit von Israel strategisch so bedeutenden Golanhöhen herrscht.

Leider ist überhaupt nicht erkennbar, dass die Europäische Kommission diese Tatsachen im Rahmen ihres Handelns berücksichtigt. Indem sie das Westjordanland, den Gazastreifen, Ost-Jerusalem und die Golanhöhen zum besetzten Gebiet erklärt, geht die Europäische Kommission auf die Rechtslagen von 1948 zurück, ohne sich zu vergegenwärtigen, was in der Zwischenzeit geschehen ist. Gleichzeitig geht die Europäische Kommission bei Ost-Jerusalem nicht auf den Sonderstatus von 1948 zurück, sondern rechnet Ost-Jerusalem den Palästinensern zu, obwohl diese Einordnung bei der UN-Teilungserklärung von 1948 nicht gewollt war. Es war ein Sonderstatus für Jerusalem vorgesehen. Die Stadt sollte für Juden, Araber und Christen gleichermaßen bewohnbar sein. Die Europäische Kommission handelt hier nicht objektiv.

In diesem Jahr wird der 50. Jahrestag der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel begangen. Ein wesentlicher Grund für den Staat Israel war, dass bereits 1965 erkennbar war, dass die Lage im Nahen Osten für Israel doch sehr schwierig werden würde. Israel brauchte und braucht Verbündete

ganz besonders in Europa. Umso bedauerlicher ist, dass trotz der sehr guten und freundschaftlichen Beziehungen, die von vielen deutschen bzw. europäischen und israelischen Bürgern persönlich, aber auch auf höchster politischer Ebene intensiv gepflegt werden, dann doch in wesentlichen Fragen komplettes Unverständnis zwischen der EU und Israel herrscht.

Die Regierung von Israel hat im Verhandlungsprozess über die Bildung einer Zwei-Staaten-Lösung immer betont, dass Israel nur Verhandlungen ohne Vorbedingungen über die Linien akzeptieren würde. Eine vorherige Gebietsaufteilung würde wesentliche Verhandlungsergebnisse vorwegnehmen und damit auch nicht zu einer Friedenslösung beitragen. Andere zentrale Verhandlungspunkte wären nicht mehr ohne Weiteres erreichbar.

Die Leitlinie, welche die Kennzeichnung von Produkten israelischer Firmen in den „besetzten Gebieten“ fordert, ist eindeutig gegen die israelischen Siedlungen gerichtet. Die EU möchte die wirtschaftlichen Grundlagen der Siedlungen einschränken. Mit der Begründung, dass die Siedlungen gegen Völkerrecht verstoßen würden, da die Siedlungen auf besetztem Gebiet gebaut seien, lehnt die Europäische Kommission die Siedlungen grundsätzlich ab. Auch hier verkennt die Europäische Kommission meines Erachtens die Lage: Der Siedlungsbau wird seit 35 Jahren von allen Regierungen Israels – gleich welcher politischen Richtung – und durch das israelische Parlament mitgetragen. Die Europäische Kommission ignoriert demnach den Willen des einzigen demokratisch gewählten und europäisch geprägten Staates im Nahen Osten. Stattdessen gibt die Europäische Kommission einer Palästinensischen Autonomiebehörde und einer Regierung im Gazastreifen recht, in denen teilweise Kräfte an der Macht sind, die den Staat Israel zerstören möchten. Hier sollte in erster Linie die EU ihre Haltung hinterfragen.

Die Siedlungen tragen auch zur Stabilität und zur Sicherheit insgesamt bei. Israel wird niemals Gebiete angreifen – sei es militärisch oder wirtschaftlich –, in denen auch zu einer größeren Zahl israelische Bewohner leben. Die völkerrechtlich einwandfreie Zuordnung der „besetzten Gebiete“ ist bis heute nicht erfolgt. Es gibt keinen Friedensvertrag. Die sogenannten Grenzen von 1949 bzw. 1967 sind Waffenstillstandslinien und keine Grenzen. Eine Zwei-Staaten-Lösung wird niemals funktionieren, wenn zuerst alle 360.000 Israelis aus dem Westjordanland ausgewiesen werden.

In Israel leben 15 Prozent Palästinenser als israelische Staatsbürger. Es gibt keine Bestrebungen der israelischen Regierung, diese des Landes zu verweisen. Wenn zwei Staaten friedlich miteinander leben wollen, dann muss es möglich sein, dass Bürger des jeweiligen Nachbarstaates in dem anderen Staat leben. Falls diese grundlegende Bedingung nicht erfüllt ist, muss unterstellt werden, dass kein wirkliches Interesse an friedlicher und guter Nachbarschaft vorhanden ist.

Die EU behindert mit ihrer Antisiedlungshaltung den Friedensprozess. Israel hat wiederholt vorgeschlagen,

„ Die Kommission ignoriert den Willen des einzigen demokratischen Staates im Nahen Osten. “

die großen Siedlungen im Rahmen eines Gebietstausches Israel zuzuschlagen und die kleinen Siedlungen im Westjordanland zu belassen. Diese Siedlungen könnten mit ihren Bürgern Teil des Palästinenserstaates werden. Ein kompletter Rückzug aller Israelis aus den Siedlungen würde jedoch zu solchen Verwerfungen führen, dass eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung unmöglich würde.

Festzuhalten bleibt: Bei den angesprochenen Leitlinien der Europäischen Kommission – den sogenannten

Guidelines – handelt es sich um Mitteilungen, die für die Nationalstaaten nicht verbindlich sind. Der wirtschaftliche und der politische Schaden, der allein durch den Erlass der „Guidelines“ angerichtet wurde und wird, ist enorm.

Berlin, März 2015

Bettina Kudla (MdB) ist Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages und Mitglied in dessen Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

1. Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, Leitlinien über die Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen und ihrer Tätigkeiten in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten im Hinblick auf von der EU finanzierte Zuschüsse, Preisgelder und Finanzinstrumente ab 2014, 19.07.2013, 2013/C 205/05.
2. Vgl. Gundel, Zur Wirkung von Leitlinien und anderen rechtlich unverbindlichen Mitteilungen der Kommission, 2010, S. 86 ff.
3. Vgl. Frankfurter Rundschau, Israel empört über EU-Erlass zu Siedlern, 17.07.2013.
4. Vgl. Aachener Friedensmagazin, 04.06.2014.
5. Vgl. Deutscher Bundestag/ Wissenschaftlicher Dienst, Kennzeichnung von Waren aus Israel sowie aus Siedlungen in den von Israel 1967 besetzten Gebieten, 24.04.2013.
6. Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, Hinweis an die Einführer, Einfuhren aus Israel in die EU, 03.08.2012, 2012/C 232/03.
7. Vgl. Europäische Kommission, Technische Vereinbarung zwischen der EU und Israel, Stand: 10.03.2015.
8. Vgl. Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz, Güter aus israelischen Siedlungen im Sortiment der Schweizer Grossverteiler, 2012. Vgl. Europäischer Gerichtshof, 25.02.2010, C-386/08.
9. Vgl. Zeit Online, Merkel lehnt Boykott von Siedlerprodukten ab, 25.02.2014.
10. Vgl. derStandard.at, 13 EU-Staaten wollen Waren aus israelischen Siedlungen kennzeichnen, 19.04.2013.
11. Vgl. TAZ, Made in settlements, 17.03.2014.
12. Vgl. TAZ, Deutsche Bahn baut nicht mehr mit, 01.05.2011.
13. Vgl. Israel Heute, Deutsche Bahn baut Schienennetz in Zentralisrael aus, 24.03.2014.
14. Vgl. Spiegel Online, US-Wissenschaftler rufen zu Israel-Boykott auf, 17.12.2013.
15. Vgl. SCM – Stiftung Christliche Medien, Israel von A bis Z, S. 312.

Literaturverzeichnis:

- Aachener Friedensmagazin: Pax Christi: EU muss jetzt Siedlungsprodukte kennzeichnen. Unter: http://www.aixpaix.de/nahost/pax_christi-20140604.html (Stand: 25.03.2015).
- Amtsblatt der Europäischen Union: Hinweis an die Einführer. Einfuhren aus Israel in die EU. 03.08.2012, 2012/C 232/03.
- Amtsblatt der Europäischen Union: Leitlinien über die Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen und ihrer Tätigkeiten in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten im Hinblick auf von der EU finanzierte Zuschüsse, Preisgelder und Finanzinstrumente ab 2014. 19.07.2013, 2013/C 205/05.
- Bundesregierung: Beantwortung der kleinen Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Importe von Produkten aus israelischen Siedlungen in der Westbank in die Europäische Union und nach Deutschland. Deutscher Bundestag, 15.05.2013, 17. Wahlperiode, DS 17/13511.
- Deutscher Bundestag/ Wissenschaftlicher Dienst: Merkblatt Präferenznachweise aus Israel. 04.03.2013.
- Die Tageszeitung (TAZ): Neubaustrecke in Israel. Deutsche Bahn plant nicht mehr mit. 01.05.2011, unter: <http://www.taz.de/!69961/> (Stand: 19.03.2015).
- derStandard.at: 13 EU-Staaten wollen Waren aus israelischen Siedlungen kennzeichnen. 19.04.2013, unter: <http://derstandard.at/1363708631479/13-EU-Staaten-wollen-Waren-aus-israelischen-Siedlungen-kennzeichnen> (Stand: 19.03.2015).
- Europäischer Gerichtshof: Firma Brita GmbH gegen Hauptzollamt Hamburg-Hafen. 25.02.2010, C-386/08. Unter: <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=78894&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1> (Stand: 31.03.2015).
- Europäische Kommission: Technische Vereinbarung zwischen der EU und Israel. Unter: http://ec.europa.eu/taxation_customs/customs/customs_duties/rules_origin/preferential/israel_ta_de.htm (Stand: 25.03.2015).
- Gundel, Jörg: Zur Wirkung von Leitlinien und anderen rechtlich unverbindlichen Mitteilungen der Kommission. In: Schulze, Reiner/Zulegg, Manfred/Kadelbach, Stefan (Hrsg.): Europarecht. § 3 Verwaltung. 2. Aufl., Baden-Baden 2010, S. 145–227.
- Günther, Inge: Israel empört über EU-Erlass zu Siedler. Kein Geld für Projekte in Besatzungszone. In: Frankfurter Rundschau, 17.07.2013.
- Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz: Güter aus israelischen Siedlungen im Sortiment der Schweizer Grossverteiler. Probleme und Lösungsansätze. HEKS-Themendossier, 2012.
- Israel Heute: Deutsche Bahn baut Schienennetz in Zentralisrael aus. 24.03.2014, unter: <http://www.israelheute.com/Nachrichten/Artikel/tabid/179/nid/26915/Default.aspx> (Stand: 19.03.2015).
- Knaul, Susanne: Boykott israelischer Unternehmen. Made in settlements. In: Die Tageszeitung (TAZ), 17.03.2014. Unter: <http://www.taz.de/!134954/> (Stand: 19.03.2015).
- Schmitt, Ursula: Kennzeichnung von Waren aus Israel sowie aus Siedlungen in den von Israel besetzten Gebieten. Deutscher Bundestag/Wissenschaftlicher Dienst, 25.04.2013.
- SCM – Stiftung Christliche Medien: Israel von A bis Z. 4. Aufl., Holzgerlingen 2010.

- Spiegel Online: Streit über Nahost-Politik. US-Wissenschaftler rufen zu Israel-Boykott auf. 17.12.2013, unter: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/us-wissenschaftler-rufen-zu-israel-boykott-auf-a-939627.html> (Stand: 19.03.2015).
- Zeit Online: Merkel lehnt Boykott von Siedlerprodukten ab. 25.02.2014, unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-02/merkel-israel-netanjahu-eu-boykott> (Stand: 19.03.2015).

Der „Staat Palästina“ und andere Erfindungen

Man kann darüber streiten, ob und inwieweit es politisch geboten war und ist, die Palästinensische Autonomiebehörde als Staat anzuerkennen. Völkerrechtlich hingegen hat diese Anerkennung dieselbe Rechtsgrundlage wie wenn Disneyland als Staat mit der Hauptstadt Entenhäusen anerkannt würde. Nämlich gar keine.

Die Palästinensische Autonomiebehörde wurde aufgrund des Rahmenabkommens von Oslo (Oslo I) zwischen dem Staat Israel und der PLO im Jahre 1993 gegründet. Yassir Arafat war Vorsitzender und Präsident zugleich, seit 2005 hält Mahmud Abbas diese Position inne, obgleich seine Amtszeit seit 2010 längst abgelaufen ist. Die an für sich längst überfällige Wiederwahl kümmert jedoch offenbar weder die Palästinenser noch den Rest der internationalen Gemeinschaft. Warum auch - gibt es doch in der arabischen Welt ohnehin kaum einen Präsidenten, der sein Amt aufgrund von demokratischen Wahlen nach unserem westlichen Demokratieverständnis bekleidet. Warum sollte man dies nicht auch den Palästinensern nachsehen?

Neben einem Präsidenten unterhält die Palästinensische Autonomiebehörde drei Geheimdienste sowie einen stattlichen Beamtenapparat von 180.000 Bediensteten. Zugleich kontrolliert die Autonomiebehörde die sog. „Area A“ in Judäa und Samaria, etwa 20 % des auch „Westbank“ genannten Areals, nachdem der Gazastreifen seit 2007 bekanntlich durch die Hamas kontrolliert wird.

Das alles hört sich zwar sehr behördlich an, macht aber völkerrechtlich ebenso keinen Staat wie Kurdistan, Katala-

nien, das Baskenland oder die West-Sahara aus. Denn hierfür ist neben einem Staatsvolk sowohl ein Staatsterritorium als auch eine unabhängige Exekutivgewalt erforderlich. An den letzten beiden Voraussetzungen mangelt es nicht nur - die Palästinenser sind meilenweit hiervon entfernt und können dieses Ziel ohne ein Arrangement mit dem militärischen Souverän Israel nun einmal nicht erreichen, und zwar weder in New York, Genf oder Den



Der Nahe Osten aus Sicht der NASA: Satellitenaufnahme aus dem Jahr 2003.

Haag. Als Staatsterritorium beanspruchen die Palästinenser die während des Sechs-Tage-Krieges von Jordanien eroberten Gebiete Judäa und Samaria, Gaza sowie den ehemals jordanisch besetzten Ostteil Jerusalems. Über Gaza übt die Palästinensische Autonomiebehörde ohnehin keine Souveränität aus, dies hat bekanntlich die Hamas übernommen. Judäa und Samaria einschließlich „Ostjerusalem“ waren gerade einmal 18 Jahre arabisch - nämlich während der jordanischen Besatzung von 1949 - 1967. Zu keinem Zeitpunkt standen diese Gebiete unter der - anerkannten - Souveränität eines arabischen, geschweige „palästinensischen“ Staates. Sie sind vielmehr Relikte des seit 1948 vom Vereinigten Königreich einseitig aufgegebenen Mandatsgebietes. Ein an das Vereinigte Königreich erteiltes Mandat mit dem 1917 durch den Völkerbund und der Konferenz von San Remo 1921 ratifizierten Inhalt, im (gesamten) Mandatsgebiet Palästina einen jüdischen Staat einzurichten. Ein Mandat, bei dessen Umsetzung die Briten kläglich scheiterten und es letztendlich 1948 aufgaben. Ein Mandat, das gemäß Art. 80 UN Charta selbst nach Gründung der Vereinten Nationen im Jahre 1945 ausdrücklich fortbestehen sollte.

Der jüdische „Jishuv“ im Mandatsgebiet setzte das Mandat nach dem von ihm akzeptierten UN-Teilungsplan letztendlich in den dort vorgesehenen Grenzen selbst um und gründete am 15. Mai 1948 den Staat Israel. Die arabische Vertretung, angeführt vom berüchtigten Mufti Amin el Hussein verweigerte sich und bekämpfte mit Hilfe der arabischen Nachbarn und des Irak den neu gegründeten Staat Israel. Die seit dem darauf folgenden Unabhängigkeitskrieg von 1949 bis 1967 verlaufenden Linien waren keine Staatsgrenzen sondern lediglich Waffenstillstandslinien. Sie haben über die Waffenstillstandsabkommen hinaus keinerlei völkerrechtliche Relevanz. Selbiges gilt für die seit 1967 bis heute vereinbarten Waffenstillstandslinien, soweit diese durch die Friedensabkommen mit Ägypten im Jahre 1977 sowie mit Jordanien im Jahre 1994 nicht zu internationalen Staatsgrenzen erklärt wurden.

Es gibt daher keinen völkerrechtlichen Anspruch der Palästinenser auf Gründung eines eigenen Staates innerhalb der von Israel 1967 eroberten Gebiete. Die einzige Rechtsgrundlage bilden die sog. Osloer Verträge; Grundsatzabkommen zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern, die innerhalb, wenn auch nicht vollumfänglich der 1967 eroberten Gebiete einen palästinensischen Staat vorsehen. Die Grenzen eines zu gründenden Palästinenserstaates sind jedoch ausschließlich durch bilaterale Verhandlungsergebnisse festzulegen. Weder ist dort „Ostjerusalem“ als palästinensische Hauptstadt vorgesehen, noch ein vollständiger Abzug der israelischen Armee, so dies nicht zwischen den Vertragsparteien vereinbart wird.

Dass es hierzu bislang nicht gekommen ist, hat diverse Gründe, die in den Lagern beider Vertragsparteien zu finden sind. Die Israelis erweitern bestehende Siedlungen

und „erdreisten“ sich, im ehemals jordanisch besetzten Ostteil ihrer Hauptstadt zu bauen (sowohl für Araber, als auch für Juden). Die Palästinenser hetzen fleißig in ihren Medien und Schulen gegen Israelis und Juden und verweigern vor allem bei einer Einigung einen sog. Schlussstrich, also eine Erklärung der endgültigen Konfliktbeilegung. Ferner beharren sie auf der Teilung der Hauptstadt Israels sowie auf einem vermeintlichen Rückkehrrecht der im Krieg von 1948 vertriebenen und geflüchteten Araber.

Hinzu kommt, dass Präsident Abbas über den Gazastreifen keinerlei Hoheitsgewalt seiner Autonomieregierung ausübt, sondern ausschließlich die Terrorgang Hamas.

Das Scheitern auch der letzten von US-Außenminister Kerry initiierten Verhandlungsrunde zwischen Israelis und Palästinensern war daher keine allzu große Überraschung. Dennoch, ausschließlich den Israelis wurde hierfür die Schuld in die Schuhe geschoben, was in die Anerkennung „Palästinas“ durch Parlamente verschiedener, auch europäischen Staaten mündete.

Eine Anerkennung einer als solchen längst anerkannten Autonomieregierung, die auch durch Willensbekundungen einiger Parlamente nun einmal nicht zum Staat wird. Eine Anerkennung, die den Friedensprozess nicht fördert, sondern ganz im Gegenteil weiterhin auf der langen, schier unendlichen Bahn der Unerreichbarkeit belässt.

Denn Israel kann und wird es sich nach den Erfahrungen im Gazastreifen nicht nochmals leisten, einseitig und ohne Verhandlungsergebnisse Gebiete an die Palästinenser abzutreten. Das Szenario, dass die vom Iran finanziell unterstützte Hamas einseitig durch Israel aufgegeben Gebiete in Judäa und Samaria übernimmt und von dort aus die umliegenden Bevölkerungskerns Israels unter

Beschuss nimmt, ist nicht unwahrscheinlich sondern sogar wahrscheinlich. Keine auch nur annähernd verantwortungsvoll agierende Regierung Israels, ob durch Netanyahu oder Herzog angeführt, wird sich auf solch ein Abenteuer einlassen.

Die Reaktion der Palästinenser war einseitig und als solche absehbar und von langer Hand geplant. Israeliische Militärangehörige in Den Haag vor Gericht zu zeren, wird die Palästinenser ihrer Unabhängigkeit nicht einen Millimeter näher bringen, es kann Israel nur diskreditieren und schaden. Allein darauf kommt es den Palästinensern an.

Zu hoffen bleibt, dass die neu zu bildende israelische Regierung es schaffen wird, endlich aktiv eine eigene Friedensinitiative, zum Beispiel anlehnend an die Saudiische Friedensinitiative von Beirut aus dem Jahre 2002 zu initiieren. Denn trotz aller Schwierigkeiten kommen die Parteien an einer ausschließlich auf dem Verhandlungstisch zu erreichenden Friedenslösung nicht vorbei.

Nathan Gelbart, Rechtsanwalt, Vorsitzender des geschäftsführenden Präsidiums Keren Hayesod Deutschland - Vereinigte Israelaktion e.V.

„Völkerrechtlich hat die Anerkennung dieselbe Rechtsgrundlage wie wenn Disneyland als Staat mit der Hauptstadt Entenhausen anerkannt würde.“

Geschichte und Gegenwart der Palestine Liberation Organization (PLO)

Der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser gilt als Geburtshelfer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Sein energischer Einsatz für eine politische Interessenvertretung des palästinensischen Nationalismus führte in den Jahren 1963/64 zur Gründung der PLO. Nasser sah zu der damaligen Zeit in den jungen palästinensischen Arabern, die in den Flüchtlingslagern im Grenzgebiet zu Israel lebten, ein politisches und militärisches Potential, das er für sich zu nutzen gedachte. Die PLO sollte eine offizielle Vertretung des arabischen Volkes von Palästina darstellen und diente dem ägyptischen Präsidenten dazu, die Führung der verschiedenen sich im Aufwind befindlichen palästinensisch-nationalistischen Strömungen zu zentralisieren.

Die offizielle Gründung der PLO vollzog sich im Frühjahr 1964 auf einer Gipfelkonferenz in Kairo durch die Ligastaaten. Die Vorbereitungen dazu übernahm - auf Wunsch Nassers - der Rechtsanwalt und frühere UN-Delegierte Saudi-Arabiens Achmed Schukeiri. Unter Schukeiris Führung trat Ende Mai 1964 die erste verfassungsgebende Versammlung, der Palästinensische Nationalkongress, im damals von Jordanien ver-

walteten Ostteil der Stadt Jerusalems zusammen. Die 422 Delegierten des Palästinensischen Nationalkongress, die sich größtenteils aus der traditionellen Notabelnschicht Jordaniens zusammensetzten, verabschiedeten u.a. das "Palästinensische Manifest" und den Aufbau einer „Befreiungsarmee“, die im zukünftigen Krieg gegen Israel ihre Verwendung finden sollte. Aus dem Manifest ging hervor, dass alle Palästinenser als „natürliche Mitglieder“ der PLO

und das arabische Volk von Palästina als „Basis der Organisation“ verstanden werden. Jedoch gab es, trotz der schriftlichen Festlegung im Manifest, keine direkten Wahlen, die diese Beschlüsse hätten legitimieren können. Die palästinensischen Araber hatten unvermittelt eine kollektive Interessenvertretung erhalten, die jedoch vom Geld sowie vom po-

litischen Willen der arabischen Ligastaaten, insbesondere von Ägypten, abhängig war. Auch verzichtete die PLO in ihrem Gründungsmanifest explizit auf Souveränitätsansprüche im Westjordanland und Gazastreifen. Es ging ihr allein um das Kernland Israels. Die Strategie änderte sich erst 1967, als diese Gebiete nicht mehr durch Jordanien bzw. Ägypten, sondern durch Israel verwaltet wurden.

„ Nasser sah in den jungen palästinensischen Arabern ein politisches und militärisches Potential, das er für sich zu nutzen gedachte. “



Arafat und Nasser während einer Pressekonferenz in Amman (Jordanien) 1970.

Die verheerende arabische Niederlage im Sechs-Tage-Krieg 1967 und das dadurch entstandene Machtvakuum in der arabischen Welt wirkten sich ebenfalls dramatisch auf die Führung der PLO aus. Nicht zu letzt wegen seiner lautstarken Rhetorik im Vorfeld des Krieges („Alle Juden Israels werden ins Meer geworfen“) war Schukeiri diskreditiert, so dass die PLO ohne tonangebende Führung darstand. Dies war der entscheidende Zeitpunkt des Ein- und Aufstiegs der militanten Fedajin-Gruppen in die PLO. Standen die meisten dieser Freischärlergruppen bis zum Sommer 1967 in Opposition zu der von Ägypten abhängigen PLO, ändertete sich aufgrund ihrer Teilnahme bis Mitte 1968 die Zusammensetzung innerhalb der PLO rapide. Die PLO, als ein Forum der palästinensisch-arabischen traditionellen Eliten, hatte aufgehört zu existieren. Diese tiefgreifende Wende machte sich nicht zu letzt durch wesentliche Modifizierungen des Palästinensischen Manifestes kenntlich, so dass ab Juni 1968 die bis heute geltende Palästinensische Nationalcharta ratifiziert wurde. In Artikel 9 wurde unter anderem festgelegt, dass der bewaffnete Kampf der einzige Weg zur Befreiung Palästinas sei und der anschließende Absatz betonte sogar die führende Rolle, welche Fedajin-Aktionen im Kampf der Palästinenser gegen Israel besaßen.

Federführend bei der Umgestaltung der Charta war die größte Fedajin Gruppe, el-Fatah und ihr der Mittelschicht Kairos entstammende Führer Jassir Arafat, der sich schon früh den Kampfnamen Abu Ammar zulegte. Dieser rasante Aufstieg wurde insbesondere durch eine ungeheure Popularitätswelle ermöglicht, die Arafat und die Fatah durch ihren proklamierten Sieg in der jordanischen Ortschaft Karameh erfuhren. Diesem militärischen Schlagabtausch im Frühjahr 1968 war ein fataler Terroranschlag der Fatah auf einen israelischen Schulbus vorausgegangen, bei dem zwei Israelis ermordet und mehrere Schüler verwundet wurden. Daraufhin griff die israelische Armee deren Lager in Karameh an und es kam, anders als von den Israelis erwartet hatten, zu heftigen Straßenkämpfen. Vor allem durch die unerwartete Beteiligung einer Infanterie-Division der jordanischen Armee an den Kämpfen. Obwohl das Fatah-Lager zerstört wurde, Arafat sich auf der Flucht befand, die Fedajin über 120 Tote und ebenso viele Gefangene zu beklagen hatten, sprach die arabische Medienwelt einhellig von einem großartigen Sieg der arabischen Fedajin, namentlich der Fatah unter Arafats Führung.

Karameh, trotz der offensichtlichen militärischen Niederlage der Fatah, verlieh ihr einen enormen Popularitätsschub. Arafat und der König von Jordanien Hussein I. spielten sich als Sieger auf, die die bis dahin als unbesiegbar gegoltene israelische Armee geschlagen hätten. Innerhalb nur weniger Tage stieg die Zahl von arabischen Freiwilligen auf mehrere Tausende an. Irak und Syrien initiierten umgehend Trainingsprogramme für Tausende von ihnen. Kuwait erließ sogar eine Steuer auf die Gehälter der palästinensischen Araber, die den Kampf gegen Israel nun kollektiv mitfinanzieren sollen.

Ein Fedajin sein zu wollen, war das Gebot der Stunde. Arafat, als Führer der Fatah, war nun in der arabischen Welt allgegenwärtig und im Februar 1969 übernahm er den Vorsitz der PLO, wodurch endgültig paramilitärische Elemente die politische Vertretung dominierten. Lediglich die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) war in den ersten Jahren noch in der Lage, die Führungsposition der Fatah innerhalb der PLO streitig zu machen. Gegründet 1967 durch den Kinderarzt und überzeugten Leninisten George Habash, propagierte sie nicht nur die Vernichtung Israels sondern ebenfalls den Klassenkampf für ein sozialistisches Großarabien und letztendlich für die Weltrevolution. Habash nannte Arafat des Öfteren „einen fetten Bürgerlichen“, der von arabischen Ländern Geld nehme, „das nach amerikanischem Öl stinkt.“ So war es auch die PFLP, die den Terror gegen Israel nach Europa exportierte. Erinnert sei dabei an den Terroranschlag auf den Münchner Flughafen-Bus und den Wartebereich der israelischen Fluglinie EL AL im Jahr 1970, bei der ein Israeli ermordet wurde.

Es war die Entführung von fünf Passagierflugzeugen durch die PFLP im Spätsommer 1970, die letztendlich den Anstoß für die Ereignisse rund um den „Schwarzen September“ in Jordanien geben sollte. Bereits wenige Monate zuvor verübte eine weitere PLO-Gruppierung, die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP), ein Attentat auf den jordanischen König. Trotz des fehlgeschlagenen Attentats, illustrierte dieser Anschlag nur zu deutlich den wachsenden und zugleich destabilisierenden Faktor der PLO in Jordanien. Die PLO trieb, mitunter durch Waffengewalt, eigenständig Geld von der jordanischen Bevölkerung ein. Versuche der jordanischen Regierungen, unangemeldete Waffenlager und das öffentliche Tragen von Waffen einzuschränken, wurden von der PLO unter Protest zurückgewiesen, so dass die besagte Flugzeugentführung, bei der sich mehrere Hundert Zivilisten auf einem jordanischen Flugfeld in Geiselschaft befanden, durch den jordanischen König nicht unerwidert gelassen werden konnte, zumal Arafat dieses Verbrechen in aller Öffentlichkeit noch begrüßte. Es kam zur Machtfrage in Jordanien, die in bürgerkriegsähnlichen Zuständen aus-

artete und zum Tod von vielen Palästinensern führte, wobei die Anzahl der Opfer unterschiedlich zwischen 3.500 und bis zu 20.000 angegeben wird.

Nach dieser desaströsen Niederlage floh eine Mehrzahl der PLO Anhänger in den südlichen Libanon und machte sich umgehend daran, Vergeltungsschläge zu organisieren. Essenz dieser einzig um Auslöschung von

Menschenleben bemühten Anstrengungen war die Schaffung einer neuen Terrororganisation namens „Schwarzer September“, die sich aus Fatah-Anhängern rekrutierte und bereits Ende 1971 mit ihrem mörderischen Handwerk begann. So wurden u.a. der damalige jordanische Premierminister, ein Gesandter der israelischen Botschaft in London und fünf Jordanier in Köln ermordet. Auch war der „Schwarze September“ für die Geiselnahme und das spätere Massaker an elf israelischen Olympiateilneh-

„ Die Entführung von fünf Passagierflugzeugen im Spätsommer 1970 gab den Anstoß für den „Schwarzen September“ „

mern in München 1972 verantwortlich, bei dessen Vorbereitungen er tatkräftige Unterstützung durch deutsche Neonazis erhielt. Die PLO avancierte zu diesem Zeitpunkt zum Drehpunkt des internationalen Terrorismus, dessen Untergruppen mit der gesamten Bandbreite von linken sowie rechten Terrororganisationen (RAF/Wehrsportgruppe Hoffmann) kooperierte. Insbesondere der rege Austausch mit dem sowjetischen Geheimdienst führte zu einem weiteren Richtungswechsel, der zwar innerhalb der PLO zu heftigen Auseinandersetzungen und der Abspaltung mehrerer Gruppen führte, jedoch auch zu einem internationalen Imagegewinn der PLO unter der Führung Jassir Arafats beitrug. Der Krieg gegen Israel sollte nun nicht mehr allein durch terroristische Anschläge geführt, sondern ebenfalls auf den Bereich der Diplomatie ausgedehnt werden.

Arafat und seine engsten Fatah-Anhänger gaben sich nun in westlichen Zeitungen und im Fernsehen als moderat, sprachen von Frieden, dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, dem „Recht auf Widerstand“ und verbreiteten das neue Selbstverständnis eines „palästinensischen Volkes ohne Raum“. Die Arabische Liga übertrug im Oktober 1974 der PLO das Recht als einzige, legitime Repräsentantin der Palästinenser anerkannt zu werden und Jordanien übertrug der PLO einen Monat später die politische Verantwortung in der Westbank. Im Anschluss daran sprach Arafat im November 1974 auf dem Podium der UN-Vollversammlung, auf der er eine 90 minütige Rede hielt, die nichts Weiteres als die Forderung nach Auflösung Israels beinhaltete. Arafat schloss seine Rede unter tosendem Beifall, die nach Frieden klang und doch gleichzeitig eine Erpressung enthielt: Er sei mit einem „Ölzweig und der Pistole des Freiheitskämpfers“ gekommen. Arafat, zweimal: „Laßt mich den Ölzweig nicht fallen lassen.“ Nach seiner Rede äußerte der deutsche UN-Botschafter Rüdiger von Wechmar, ein ehemaliger Schüler der NS-Kaderschmiede „Napola“, als erster westlicher Vertreter vor derselben Vollversammlung: „Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Gerade für uns Deutsche mit unseren leidvollen Erfahrungen ist dies eine Selbstverständlichkeit. [...] Als Konsequenz des Selbstbestimmungsrechtes erkennen wir das Recht des palästinensischen Volkes an, selber zu entscheiden, ob es auf dem von Israel zu räumenden Gebiet eigene Autorität errichtet [...] oder eine andere Lösung wählen will.“ Arafats UN-Rede brachte ihm weltweit Sympathien ein und die PLO erhielt umgehend einen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Zur gleichen Zeit machte sich das Mantra von der Zentralität des Nahost-Konflikts innerhalb des Westens breit. Während sich die PLO in den USA weiterhin auf der Terrorliste befand, wurde sie bereits Mitte der 70er innerhalb der EG als Dialogpartnerin anerkannt. Insbesondere die beiden Sozialdemokraten, Willy Brandt und der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky, insistierten seit Ende der

„ Die PLO avancierte zum Drehpunkt des internationalen Terrorismus, dessen Untergruppen mit der gesamten Bandbreite von Terrororganisationen kooperierte “

1970er auf einer bedingungslosen Beteiligung der PLO an jeglichen Nahost-Friedensverhandlungen. Dies war gleichzeitig eine klare Absage an alle palästinensischen Oppositionellen. Brandt war davon überzeugt, dass der Kampf der PLO um nationale Selbstbestimmung „nichts mit der Zerstörung Israels zu tun hätte.“

Gleichzeitig standen die Zeichen Mitte der 1970er im Libanon zwischen der PLO und Israel auf Krieg. Einmal im Südlibanon angekommen, begann die gleiche destabilisierende Wirkung der PLO, wie einst in Jordanien, um sich zu greifen. Die PLO wurde erneut zum Auslöser eines Bürgerkrieges im multikonfessionellen Libanon. Sie begann sich anfangs Gefechte mit christlichen, später auch mit schiitischen Milizen zu liefern. Die UN übernahm 1978 die Kontrolle über den Südlibanon, mit dem Auftrag, eine weitere Bewaffnung der PLO zu unterbinden. Dies war zum Scheitern verurteilt. Schon bald verfügte die PLO über knapp 20.000 Mann unter Waffen, hunderte sowjetische Panzer und tausende Raketen.

Trotz dieser massiven Bewaffnung war die PLO weiterhin in den Augen der meisten westlichen Medien eine Guerilla-Gruppe, wie beispielsweise der Spiegel zu erklären nicht müde wurde.

Israel marschierte im Sommer 1982 im Libanon ein, um die kontinuierlichen Terrorangriffe auf den Norden Israels zu unterbinden. Nach blutigen Kämpfen war die PLO aus dem Süden vertrieben und in der libanesischen Hauptstadt Beirut festgesetzt. Auch wenn Arafat Beirut namentlich in ein „zweites Stalingrad“ verwandeln wollte, so brachte man ihn und tausende PLO-Kämpfer nach langwierigen Verhandlungen außer Landes. Der Terror gegen Juden, Israelis aber auch gegen Gemäßigte in den Reihen der PLO und der palästinensischen Bevölkerung ging jedoch – trotz Exils - ununterbrochen weiter.

Der Ausbruch der ersten Intifada im Dezember 1987 überraschte die Exilanten in Tunesien vollkommen und führte ihnen ihre erodierende Machtposition in Gaza und der Westbank vor Augen. Es galt dem entgegen zu wirken, so machte sich Arafat einerseits für eine Friedensinitiative stark und gleichzeitig bemühte man sich, die Vorherrschaft innerhalb der Intifada zu übernehmen, was auch nach einigen Monaten gelang. Wobei man sich dabei brutalster Mittel bediente, die sich immer heftiger gegen die eigenen Bevölkerung richtete. Insbesondere galt es für die PLO, vermeintliche Kollaborateure und „Verräter“, die für die Zivilverwaltung, in den von Israel kontrollierten Gebieten arbeiteten, ausfindig zu machen und auf grausamste Weise regelrecht abzuschlachten. Was jedoch einer wirklichen Zeitenwende gleichkam, war das Auftreten eines neuen politischen Akteurs zu Beginn der Intifada: Die islamistische Hamas, ein Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft. Allein durch ihre Existenz geriet der Alleinvertretungsanspruch der PLO ins Wanken. Die Intifada endete 1993 und die PLO hatte bis dahin beinahe alle Bündnispartner verloren, teilweise un-

verschuldet, wie im Fall der Sowjetunion oder durch die Abdankung Erich Honeckers, andererseits war es aber auch Arafats persönlicher Entschluss, der die arabische Welt gegen ihn aufbrachte: So entschied er sich 1991 für die Unterstützung Saddams Hussein im zweiten Golfkrieg. Die Konsequenz war die sofortige Einstellung jeglicher arabischer Hilfgelder und binnen weniger Tage mussten etwa 450.000 Palästinenser Kuwait verlassen. Arafat und die PLO schienen jedenfalls politisch endgültig erledigt zu sein.

Doch dank der Osloer-Friedensverhandlungen, konnte Arafat noch einmal den Hals aus der Schlinge ziehen und unter der Bekundung seines Friedenswillen wurde die PLO 1993 offizielle Verhandlungspartnerin bei den Friedensverhandlungen von Oslo. Für die gegenseitige Anerkennung zwischen der PLO und Israel gab es für Arafat den Friedensnobelpreis und es schien so als würde nun endlich Frieden im Nahen Osten einkehren, so jedenfalls war es die Lesart in Europa und den USA.

Laut der in Washington am 13. September 1993 ratifizierten „Prinzipienerklärung über die vorübergehende Selbstverwaltung“ (Oslo I), verpflichtete sich Israel u.a. zu einem stufenweisen Rückzug aus Gebieten in der Westbank und Gaza, dem Training und Aufbau der palästinensischen Sicherheitsbehörden. Israel verpflichtete sich auch dazu, die PLO als Friedenspartnerin anzuerkennen, die nun die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) stellte.

Die PA hingegen verpflichtete sich in der Prinzipienerklärung auf eine sofortige Beendigung des Terrors, der Einführung rechtsstaatlicher Strukturen, der Durchführung transparenter Wahlen und ihre Kinder dahingehend zu erziehen, dass Israel ein Friedenspartner ist. Dass die

PA diesen Verpflichtungen langfristig nicht nachkommen wird, daraus machten Arafat und Angehörige seines inneren Führungszirkels von Beginn an keinen Hehl. So verkündigte Arafat bereits am Neujahrstag 1994 „Die Wiedergewinnung unserer besetzten Territorien ist nur die erste Stufe auf dem Weg zur völligen Befreiung Palästinas“ und verglich das Vertragswerk einige Monate später in einer Rede in Johannesburg mit dem Vertrag von Hudaibiya. Einem Vertrag aus der Zeit des Propheten Mohammed, der jedoch keine bindende Gültigkeit besaß. Für Israel brachten die Oslo-Verträge doppelt so viele Terroropfer in den nächsten 18 Monaten ein, als die 18 Monate zuvor. Die PA rüstete in den Jahren nach Oslo nachweislich die Hamas auf. Während die Hamas Busse in die Luft sprengte, wusch sich der Friedensnobelpreisträger Arafat seine Hände in Unschuld: Es sei doch die Hamas und er könne nichts dagegen unternehmen. Auch dann nicht, als 42.000 hochgerüstete und durch die CIA gut ausgebildete Polizeieinheiten unter seinem Befehl standen. Bei den ersten Wahlen in den Autonomiegebieten im Januar 1996 erhielt die Fatah einen hohen Stimmenanteil und Arafat wurde zum Präsidenten der Autonomiebehörde gewählt. Arafat und die PLO waren nun auch unter demokratischen Gesichtspunkten die uneingeschränkten Herrscher der Palästinensischen Autonomiegebiete. Doch Frieden wollte weiterhin nicht einkehren zwischen Mittelmeer und dem Jordan und Arafats Boykothaltung während der Camp David-Gespräche 2000 ließen eine endgültige Friedensregelung in weite Ferne rücken. Zumal die PA im Anschluss an die gescheiterten Gespräche eine bis dato noch nie dagewesene Terrorwelle gegen Israel im Spätsommer 2000 lostrat. Israel besetzte im Verlauf dieser zweiten Intifada



Verleihung des Friedensnobelpreises 1994 in Oslo. Von links nach rechts: Jassir Arafat (PLO-Vorsitzender), Schimon Peres (Israelischer Außenminister) und Jitzchak Rabin (Israelischer Premierminister).

bekanntlich erneut die gesamte Westbank und zerstörte einen Großteil der militärischen Infrastruktur der PLO. Arafat rief daraufhin zu einem Marsch der Millionen Märtyrer auf Jerusalem auf, dem jedoch niemand so recht folgen wollte. Nachdem israelische Truppen seinen Sitz in Ramallah umstellt hatten, Massen an Geheimdokumenten sicherstellten und ihn unter Hausarrest stellten, war es offensichtlich, dass Arafat nun kaltgestellt war und Reste seiner Terrormilizen, sowie der Hamas operierten nun auf eigene Initiative. Darüber hinaus forderten nun die EU, auf Druck der USA, die PA zu mehr Transparenz in der Verwendung ihrer Millionen Hilfsgelder auf. So waren beispielsweise laut konservativen Schätzungen des Internationalen Währungsfonds allein von 1995 bis 2000 ca. 900 Millionen Dollar an öffentlichen Geldern verschwunden.

Der Friedensprozess war nicht mehr existent, Arafat hatte die Kontrolle über die Gebiete verloren und war nun nachweislich kein verlässlicher Verhandlungspartner, so dass jemand seinen Platz als Chefunterhändler einnehmen musste. Arafat überließ diesen Posten seinem engen Vertrauten und langjährigen Kampfgefährten Dr. Mahmud Abbas.

Abbas und Arafat gerieten jedoch häufig aneinander und erst mit dem Ableben Arafats in einem Pariser Krankenhaus Ende 2004, wurde Abbas wenige Wochen später von den Palästinensern mit über 60 Prozent der Wählerstimmen zum Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde gewählt, trotz seiner langjährigen Tätigkeit als Finanzchef der PLO. Abbas galt als moderat und sollte dem Friedensprozess neues Leben einhauchen. Ein Blick in seine Dissertation, die er im Fachbereich Israelische Politik an der Lumumba-Universität in Moskau 1982 einreichte, hätte zumindest zur Vorsicht geraten. Der Titel lautet: Die Zusammenhänge zwischen Zionismus und Nazismus 1933–1945. Dort stellte Abbas in Abrede, dass in der Shoah sechs Millionen Juden ermordet wurden, und spricht stattdessen von „möglicherweise weniger als einer Million“, für deren Ermordung Zionisten mitverantwortlich gewesen seien.

In seiner Antrittsrede 2005 sagte Abbas dann auch: „Ich schenke diesen Sieg der Seele von Jassir Arafat und ich schenke ihn unserem Volk, unseren Märtyrern und den 11.000 Gefangenen in Israel“. Damit stimmte er seine Untertanen unbeirrt auf Kontinuität ein. In mehreren TV-Interviews machte Abbas deutlich, dass es mit ihm als Präsidenten niemals eine Anerkennung eines jüdischen Staates geben werde. Bei den zweiten und bisher letzten Parlamentswahlen 2006 musste die Fatah eine herbe Niederlage gegenüber der Hamas einstecken und verlor die Mehrheit im palästinensischen Parlament. Trotz der Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“ kam es zwischen Hamas und Fatah, immer wieder zu gewalttätigen Machtkämpfen. Im Juni 2007 nahmen diese im Gaza-Streifen bürgerkriegsähnliche Ausmaße an, so dass Abbas, nachdem die PLO ihren Einfluss im Gaza-Streifen gänzlich verloren hatte, das Einheitskabinett für abge-

setzt erklärte und eine Notstandsregierung einberief. Trotz dem barbarischen Abschlachten hunderter Fatah-Mitglieder in Gaza, gab es bereits Monate später wieder erste Gespräche und Initiativen um die Gemeinsamkeiten beider Organisationen zu betonen, so dass im Mai 2011 Abbas gemeinsam mit der Hamas ein Versöhnungsabkommen unterschrieb. Im Juni 2014 verständigten sich die PLO und Hamas auf eine Übergangsregierung, doch wurden Parlamentswahlen in den Gebieten der PA auf unbestimmte Zeit verschoben.

Wo steht also die PLO heute? Man sollte sich vor Augen halten: Abbas hätte sich bereits vor über fünf Jahren wieder zur Wahl stellen müssen, allerdings haben bis heute keinerlei Wahlen stattgefunden, noch stehen solche in Aussicht. Gleichzeitig reagiert er mit harschen Repressionen auf etwaige Kritik oder Proteste. In diesem Verhalten folgen er und die PLO der Linie arabischer Autokraten, die Kritik an Vetternwirtschaft und Fehlverhalten mit aller Härte bestrafen. Tiefgreifende Ver-

„ Zwar wird berichtet, Abbas spreche heutzutage davon, das Existenzrecht Israels anzukennen, nur um im selben Atemzug dessen jüdischen Charakter nicht zu akzeptieren. “

änderungen sind seitens Abbas nicht gewollt, die PA befindet sich weiterhin in ihrer schlimmsten Finanzkrise seit ihrer Gründung. Doch nicht nur in der Innenpolitik kann Abbas sein Wirken als Scheitern begreifen. Eine Perspektive im Friedensprozess ist nicht in Sicht, dank seiner Ablehnung des Friedenplans durch Ehud Olmert im Jahr 2008 und das Nicht-Reagieren auf die Angebote durch Benjamin Netanyahu. Es kommt einer Bankrotterklärung gleich. Doch was ist die Alternative dazu? Sollte die PLO ihre Machtbasis in der Westbank demnächst einbüßen, wer wird das Machtvakuum in der Westbank füllen? Die Antwort darauf fällt zur Zeit denkbar einfach aus und ist erschreckend zu gleich. Wie schlimm die PLO auch sein mag, wie sehr sie auch pausenlos antisemitische Hetze via Radio und TV verbreitet und die Menschenrechte mit Füßen tritt, so wäre ein Westjordanland unter der Herrschaft der Hamas, eine noch weitaus schlimmere Option. So muss Israel wohl oder übel weiterhin mit einer Organisation auskommen, deren Friedensangebot sich nur auf den Trümmern des jüdischen Nationalstaates verwirklichen ließe. Bereits in den frühen 1980er Jahren fasste der Militärhistoriker John Laffin alles Notwendige in wenige Zeilen zusammen, was es über jene palästinensische Dachorganisation zu sagen gibt: „Mit ihrer störrischen Weigerung, das Existenzrecht Israels anzuerkennen, [...] handelt die PLO in Wirklichkeit gegen die Interessen der Menschen, die sie zu vertreten vorgibt. Darin besteht vermutlich das größte Verbrechen der PLO – in ihrem Verrat an den Palästinensern selbst.“ Und daran hat sich – Oslo hin und oder her – nichts geändert. Zwar wird vereinzelt berichtet, Abbas spreche heutzutage davon, das Existenzrecht anzukennen, nur um im selben Atemzug dessen jüdischen Charakter nicht zu akzeptieren. Auch ein Abbas steht letztendlich gegen israelische Sicherheit und gegen palästinensische Freiheit.

Sebastian Mohr, Mideast Freedom Forum

Für eine neue europäische Iran-Politik

Wenn die dauerhafte Verhinderung einer atomaren Bewaffnung des iranischen Regimes, eine substanzielle Verbesserung der innenpolitischen Lage im Iran und eine Stabilisierung der Region unter demokratisch-rechtsstaatlichen Vorzeichen als Ziele einer gemeinsamen EU-Außenpolitik definiert werden, so ist die bisherige Politik der EU gegenüber der „Islamischen Republik“ gescheitert. Weder die halbherzigen Sanktionen noch die bisherigen Verhandlungen haben das iranische Regime daran gehindert, weiterhin sein Atomwaffen- und Raketenprogramm voranzutreiben. Das iranische Regime hat laut deutschem Zollkriminalamt auch 2014 „strafbare proliferationsrelevante Beschaffungsaktivitäten“ innerhalb der EU betrieben.¹ Die innenpolitische Situation hat sich seit der Amtsübernahme von Präsident Hassan Rohani nicht verbessert, sondern verschlechtert: Die Hinrichtungszahlen sind seit seinem Amtsantritt dramatisch gestiegen.² Die Todesstrafe für Homosexualität wird weiterhin vollstreckt. Oppositionelle und religiöse Minderheiten wie die Bahai werden genauso gnadenlos verfolgt wie in den vergangenen Jahren. Das Bündnis mit der libanesischen Terrormiliz Hisbollah ist intakt, jenes mit der radikalislamistischen Hamas wurde erneuert.³ Der oberste geistliche Führer Ali Khamenei stellt die historische Realität des Holocaust in Frage⁴ und droht Israel immer wieder mit der Vernichtung.⁵

Hätte das iranische Regime in den letzten drei Dekaden keine politische Unterstützung aus Europa und insbesondere aus Deutschland und Österreich erhalten,⁶ hätten die EU-Mitgliedsländer durch ihren Iran-Handel es nicht mit am Leben erhalten, und hätten seine Gegner nicht über Dekaden versucht, mit ihm zu verhandeln und es zu beschwichtigen, würde dieses Regime heute vermutlich gar nicht mehr existieren. Die bisherige Iran-Politik der EU und ihrer Mitgliedsländer muss nicht nur nachjustiert werden: Wenn die europäische Politik mit ihrer bisherigen Rolle als eine Stütze der Diktatur aus Ajatollahs und Revolutionswächtern im Iran brechen möchte, bedarf es eines fundamentalen Wandels der Iran-Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Als einer der wichtigsten Handelspartner des Iran⁷ hätte die EU den Schlüssel in der Hand, um das iranische Regime massiv unter Druck zu setzen und einen Wandel zum Besseren in dem Land und in der Region zu befördern.

Klassischer Antisemitismus und eliminatorischer Antizionismus

Der iranischen Diktatur geht es hinsichtlich des Nahost-Konflikts nicht um eine Verbesserung der Situation der

Palästinenser, eine Zwei-Staaten-Lösung oder einen wie auch immer gearteten Ausgleich und Kompromiss, sondern erklärtermaßen um die Vernichtung Israels. Diese Position ist weder neu, noch auf einen einzelnen Präsidenten oder Repräsentanten des Regimes beschränkt. Die Zerstörung Israels ist seit 1979 offizielle Politik der „Islamischen Republik“. Sie wurde und wird von den fanatischen Anhängern des Ex-Präsidenten Mahmud Ahmadinejads ebenso propagiert wie von Konservativen und den im Westen als Pragmatiker, Moderate oder Reformer gehandelten Mullahs und Ajatollahs. Ali Khamenei proklamierte schon 1997 in einer Ansprache vor den Revolutionswächtern, Israel werde von den Seiten der Geschichte getilgt werden. In einem Treffen mit Scheich Yassin versicherte er dem damaligen Führer der Hamas hinsichtlich Israels, der Iran werde dieses „Krebsgeschwür nicht einmal für eine Stunde anerkennen“.⁸

Im Iran ist es kein Staatsgeheimnis, dass das Regime einen jüdischen Staat im Nahen Osten niemals akzeptieren wird, sondern die Parole „Tod Israel“ gehört seit 1979 zum Kernbestand der islamistischen staatlichen Propaganda und prangt bei Militärparaden auf den Raketen, die schon heute Tel Aviv erreichen

können. Wahied Wahdat-Hagh hat die Programmatik des iranischen Regimes treffend als „eliminatorischen Antizionismus“ beschrieben.⁹

Der Antisemitismus der Ajatollahs entspringt ebenso wie der Hass auf Homosexuelle und emanzipierte Frauen jenem anti-westlichen, anti-liberalen und lustfeindlichen Furor, welcher das Regime in Teheran wesentlich kennzeichnet. In der Vernichtungsdrohung gegen Israel kulminiert jene wahnhaftige Ideologie, auf deren Grundlage die „Islamische Republik“ unter dem Beifall vieler iranischer Linker 1979 ausgerufen wurde.

Der antisemitische Charakter des iranischen Regimes wird häufig mit Hinweis auf die verbliebene jüdische Gemeinde im Iran bestritten. Natürlich werden Juden im Iran derzeit nicht in dem Maße systematisch verfolgt wie beispielsweise die Baha'i.¹⁰ Doch solch eine Argumentation blendet ganz bewusst aus, dass Juden im Iran keineswegs gleichberechtigte Staatsbürger sind. Die jüdische Minderheit wird gezwungen, sich damit abzufinden, als systematisch diskriminierte Minderheit zu existieren und sich permanent von Israel zu distanzieren. Aufgrund der ideologischen Ausrichtung des Regimes kann die systematische Diskriminierung jederzeit in offene Verfolgung umschlagen.

Die Ideologie Khomeinis richtet sich keineswegs nur gegen den israelischen Staat, sondern proklamiert offen

„ Hätte das iranische Regime in den letzten drei Dekaden keine politische Unterstützung aus Europa erhalten, würde es heute vermutlich gar nicht mehr existieren.“

die Feindschaft zum Judentum. Der Revolutionsführer sah den Islam seit seiner Gründung in einer Konfrontation mit den Juden. Khomeini war in einer klassischen Projektion seiner eigenen globalen Herrschaftsgelüste davon überzeugt, er müsse gegen die Errichtung einer jüdischen Weltherrschaft kämpfen, von der er bereits in seiner zentralen Schrift *Islamic Government* phantasierte, einer Sammlung von Vorlesungen, die er Anfang der 1970er-Jahre im irakischen Exil gehalten hat.¹¹

Große Bedeutung für die Verbreitung des Antisemitismus im Iran hatte die 1978 ins Persische übersetzte antisemitische Hetzschrift *Die Protokolle der Weisen von Zion*, die in den folgenden Jahrzehnten von staatlichen Stellen im Iran in großen Auflagen immer wieder neu herausgegeben wurde – mitunter mit geänderten Titeln wie *Protokolle der jüdischen Führer zur Eroberung der Welt*.¹² Hier wird bereits deutlich, dass die zeitweiligen Bemühungen seitens der iranischen Führung, mitunter zwischen Juden und Zionisten deutlicher zu unterscheiden, stets wieder konterkariert werden. Zudem wird in der iranischen Propaganda über „die Zionisten“ stets in eben jenem verschwörungstheoretischen Geraune geredet, das aus dem klassischen Antisemitismus gegenüber Juden bekannt ist. Der Zionismus wird in der Ideologie und Propaganda des iranischen Regimes nicht als ein gewöhnlicher politischer Gegner attackiert, sondern als Grundübel, das für nahezu alle Probleme in der Welt verantwortlich sei, und dessen Auslöschung daher den Weg zur Erlösung bereite.

Verhandlungen & Sanktionen

Durch die bisherigen Atomverhandlungen wurde dem Regime eine Legitimität verliehen, die es bei großen Teilen der iranischen Bevölkerung bereits verloren hatte. Zudem konnte sich das Regime durch die andauernden Gespräche gegen Kritik immunisieren, und der Charakter

des Regimes, mit dem die Verhandlungen geführt werden, ist weitgehend aus dem Blick geraten.

Die „Herrschaft der Rechtsgelehrten“, mit der die Ajatollahs seit 1979 ihren Machtanspruch legitimieren, soll durch religiösen Tugendterror nach innen und Export der islamischen Revolution die Rückkehr des Mahdis, des verborgenen zwölften Imams, vorbereiten. Das schließt eine gewisse „Realpolitik“ seitens der Ajatollahs keineswegs aus: Die Außenbeziehungen des iranischen Regimes waren von Beginn an durch eine Gleichzeitigkeit von Pragmatismus und Vernichtungswahn gekennzeichnet. Einerseits ist die Verpflichtung zu einer „revolutionären Außenpolitik“ in der Verfassung der „Islamischen Republik“ festgeschrieben. Andererseits wird gerade in Diskussionen über außenpolitische Themen die Verpflichtung zum Gehorsam selbst gegenüber dem obersten geistlichen Führer

„ Die Ajatollahs haben auf Expansion ihres Einflussbereiches gesetzt, sobald sich ihnen die Möglichkeit dazu bot. “

explizit aufgehoben, um die Vermittlung von Ideologie und Pragmatismus bestmöglich gewährleisten zu können. Die Ergebnisse davon können in den Publikationen iranischer Think Tanks wie dem Institute for Middle East Strategic Studies nachgelesen werden, in denen im Rahmen der Ideologie der „Islamischen Republik“ mitunter stark divergierende Positionen zu Fragen der internationalen Politik vertreten werden.¹³

Vertreter der „Realistischen Schule“ in den internationalen Beziehungen schlussfolgern daraus die Möglichkeit einer pragmatischen Einbindung des iranischen Regimes in eine internationale Sicherheitsarchitektur. Derartige Einschätzungen blenden aus, dass die Ajatollahs jedes Mal auf Expansion ihres Einflussbereichs gesetzt haben, sobald sich ihnen die Möglichkeit dazu bot. Und sie ignorieren, dass bei den Drohungen gegenüber Israel ‚Pragmatismus‘ lediglich darin bestehen kann, den aus der Sicht Teherans richtigen Zeitpunkt für die Offensive abzuwarten.

Vor diesem Hintergrund sollte die EU kein Abkommen hinsichtlich des iranischen Atomprogramms unterstützen, das sich nicht an den Beschlüssen des



Iranisches Raketensystem Fateh-110.

UN-Sicherheitsrates orientiert, in denen seit 2006 unmissverständlich die Einstellung der Uran-Anreicherung und ein Ende für den Schwerwasserreaktor in Arak gefordert wird,¹⁴ und in denen in der Folge auch das iranische Raketenprogramm thematisiert und sanktioniert wurde,¹⁵ über das sich das Regime bis heute weigert auch nur zu reden. Zudem muss die EU auf die Klärung aller bisherigen Aktivitäten zur Entwicklung von Nuklearwaffen im Iran beharren, beispielsweise in jenem Militärkomplex in Parchin, zu dem der IAEO weiterhin jeder Zugang verweigert wird, und der im Übergangsabkommen von Genf vom November 2013 – dem Joint Plan of Action, dessen Gültigkeit Ende November 2014 um weitere sieben Monate verlängert wurde –, keine Erwähnung findet.¹⁶

Oberstes Ziel der EU-Außenpolitik gegenüber dem Iran sollte es sein, die Infrastruktur des iranischen Atomwaffen- und Raketenprogramms zu beseitigen und nicht zu akzeptieren, dass der Iran auf Dauer ein nukleares Schwellenland wird, das jederzeit zum Bau von Atombomben in der Lage wäre. Zur Durchsetzung dieses Ziels bedarf es einer scharfen und konsequenten Sanktionspolitik, letztlich eines Wirtschaftsembargos mit humanitären Ausnahmeregelungen. Angesichts der bis zum heutigen Tag fortgesetzten Missachtung der UN-Sicherheitsratsbeschlüsse zu einem sofortigen Ende der Urananreicherung seitens der „Islamischen Republik“ wäre laut Kapitel VII, Artikel 41 der UN-Charta schon seit Jahren „die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, [...] des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, [...] der Abbruch der diplomatischen Beziehungen“ möglich.¹⁷

Die militärische Option

Eine konsequente Sanktionierung des Regimes ist allein schon deswegen richtig, da sie zur Schwächung der Machthaber in Teheran beiträgt und dadurch auch die Erfolgsaussichten für andere Optionen zur Verhinderung der Bombe verbessert würden. Letztlich bedarf es gegenüber der Gefahr einer nuklearen Bewaffnung des iranischen Regimes zudem einer glaubhaften militärischen Drohung – auch und gerade seitens der EU bzw. ihrer Mitgliedstaaten. Durch den bisherigen Verzicht darauf, ihre Verhandlungsposition durch eine glaubhafte militärische Drohung zu stärken, wiederholen die EU-Staaten ein Vorgehen, das schon zu jenen Zeiten gescheitert ist, als Rohani von 2003 bis 2005 der iranische Chefunterhändler in den Verhandlungen mit den EU-3 war.¹⁸

Durch eine glaubhafte militärische Drohung könnten die EU und ihre Mitgliedstaaten klare rote Linien für die Machthaber in Teheran definieren. Sollte das Regime in

Teheran weder durch Verhandlungen oder Sanktionen noch durch grundlegende Änderungen im Land selbst von seinem Atomwaffen- und Raketenprogramm abzubringen sein, dürfen militärische Maßnahmen zur Verhinderung der nuklearen Aufrüstung der Ajatollahs und Pasdaran auch in der EU kein Tabu sein.¹⁹ Die militärische Option ist mit Sicherheit eine schlechte und birgt zahlreiche Risiken. Doch zu akzeptieren, dass ein Regime wie das iranische in den Besitz von Atombomben gelangt, darf keine Option sein – allein schon, weil eine klassische Abschreckungs- und Containmentpolitik gegenüber diesem Regime auf Grund seines Charakters nicht funktionieren kann, und Atombomben in den Händen der Ajatollahs nicht nur eine existenzielle Gefahr für Israel darstellen, sondern unverzüglich zu einem nuklearen Wettrüsten mit Saudi-Arabien und anderen Staaten in der Region führen würden.

Unterstützung der Opposition: für einen neuen Iran

Letztlich werden die Bedrohungen, die vom iranischen Regime ausgehen, nur dann dauerhaft verschwinden, wenn auch dieses Regime verschwindet. Das würde nicht nur die iranische Bevölkerung von der Tyrannei der Scharia befreien und Gruppen wie Hamas, Hisbollah und Islamischen Dihad massiv schwächen, sondern ein Sturz des Regimes in Teheran würde es auch der israelischen Gesellschaft und Politik sehr viel leichter machen, das Risiko von Zugeständnissen in zukünftigen Verhandlungen mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten einzugehen. Ein Sturz des Regimes in Teheran wäre somit ein wichtiger Beitrag zur Befriedung und Stabilisierung der Region des Nahen und Mittleren Ostens.

Es ist ein Fehler, auf vermeintlich „moderate“ oder „reformorientierte“ Kräfte innerhalb des Regimes zu setzen. Die miteinander konkurrierenden Fraktionen des Regimes streiten nicht darüber, was die Ziele der „Islamischen Republik“ sein sollten, sondern darüber, wie diese am besten verwirklicht werden können.

Das Regime hat sich seit über 35 Jahren als unfähig erwiesen, aus sich selbst heraus substanzielle Reformen zur Verbesserung der innenpolitischen Situation vorzunehmen. Anstatt auf vermeintliche „Reformkräfte“ innerhalb des Regimes zu setzen, denen allein schon durch die zentrale Rolle des obersten geistlichen Führers und der Pasdaran enge Grenzen gesetzt sind, sollte die EU einen aktiven Beitrag zur Er-

richtung einer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung im Iran leisten. Diese kann es nur jenseits der derzeitigen Verfassung der „Islamischen Republik“ geben. Die EU sollte die demokratisch-rechtsstaatliche, auf die Trennung von Staat und Religion setzende Opposition sowohl finanziell als auch technologisch im Iran und im Exil unterstützen. Vertreter und Vertreterinnen dieser Opposition sollten in das EU-Parlament und in die nationalen

„ Letztlich werden die Bedrohungen, die vom iranischen Regime ausgehen, nur dann dauerhaft verschwinden, wenn auch dieses Regime verschwindet “

Parlamente der Mitgliedsländer eingeladen werden, um dort öffentlich zu sprechen. Die Mitgliedstaaten der EU sollten dem Beispiel Kanadas folgen und ihre diplomatischen Beziehungen mit dem Regime in Teheran abbrechen, bis es in dem Land zu einem substanziellen Wandel gekommen ist. Durch solch einen Schritt könnten sich die EU-Mitgliedstaaten als ebenso verantwortlicher wie zuverlässiger Partner für demokratische Kräfte in der Region etablieren.

„Islamische Republik“ & „Islamischer Staat“

Angesichts der Konfrontation mit dem „Islamischen Staat“ (IS) ist es dem iranischen Regime gelungen, sich auf der internationalen Bühne neu zu positionieren. Der IS proklamiert bisher lediglich, ein Staat zu sein und versucht erst noch, ihn mit brutaler Gewalt durchzusetzen. Dagegen hat sich im Iran seit 35 Jahren tatsächlich eine islamische Staatlichkeit etablieren können, die in den letzten drei Dekaden Zehntausenden das Leben gekostet hat. In seiner Aggressivität und Brutalität, ja in seiner regelrechten Vernichtungswut gegenüber Minderheiten ist der IS derzeit einzigartig. Das darf aber kein Grund sein, sich in seiner Bekämpfung mit der Diktatur der Ajatollahs zusammenzuschließen, die im Vergleich mit den sunnitischen Terrorbanden im Irak und in Syrien über ein Vielfaches an militärischem Bedrohungspotenzial verfügt.

Die Machthaber in Teheran sind maßgeblich verantwortlich für die Destabilisierung im Irak und das Erstarken der sunnitischen Islamisten. Wäre Baschar al-Assad

nicht durch iranische Hilfe an der Macht gehalten worden, hätte sich ISIS, die sich lange Zeit in erster Linie gegen die moderaten syrischen Oppositionellen und deutlich weniger gegen die Regierungstruppen gerichtet hat, auch in Syrien vermutlich nicht dermaßen ausbreiten können. Das iranische Regime unterstützt in der gesamten Region den islamistischen Terror: im Libanon und in den palästinensischen Gebieten ebenso wie im Irak, im Jemen und im Sudan.²⁰

Der Westen und die EU brauchen den Iran nicht bei der Bekämpfung des IS. Bei einer konsequenten Kooperation mit kurdischen Kämpfern und Kämpferinnen, der nicht-islamistischen Opposition gegen Assad und Armen wie jener des vergleichsweise moderaten Jordanien wären der Westen und die EU weder auf iranische Unterstützung noch auf jene der mit den Ajatollahs konkurrierenden saudi-arabischen Religionsdiktatur angewiesen. Eine dauerhafte Befriedung und Stabilisierung der Region kann es nur durch eine Kooperation mit den demokratischen und moderaten Kräften in der Region geben, nicht durch eine Zusammenarbeit mit dem iranischen Regime oder dessen Verbündeten im Irak, Syrien und dem Libanon.

Dr. Stephan Grigat hat an der Freien Universität Berlin in Politikwissenschaft promoviert und ist Lehrbeauftragter an der Universität Wien. Er arbeitet als wissenschaftlicher Direktor des Bündnisses STOP THE BOMB, das er 2007 mitbegründet hat. Er schreibt regelmäßig für Konkret und Jungle World; Beiträge von ihm sind u.a. in DIE ZEIT, Der Tagesspiegel, Frankfurter Rundschau, Der Standard, Die Presse und Neue Zürcher Zeitung erschienen.

1. <http://www.tagesspiegel.de/politik/verstoss-gegen-sanktionen-iran-auf-atomarer-einkaufstour-in-deutschland/10985774.html>, 16.11.14 (Letzter Zugriff auf alle angegebenen Webadressen: 18.12.2014. Die angegebenen Daten bezeichnen das Veröffentlichungsdatum).
2. <http://shaheedoniran.org/wp-content/uploads/2014/09/A-69-356-SR-Report-Iran.pdf>, 27.8.2014.
3. http://www.reuters.com/article/2014/12/17/us-mideast-hamas-gaza-idUSKBN0JV1NH20141217?feedType=RSS&feedName=topNews&utm_source=twitter, 17.12.2014.
4. <http://diepresse.com/home/politik/aussepolitik/1578282/Khamenei-stellt-erneut-Holocaust-infrage>, 21.3.14.
5. https://twitter.com/khamenei_ir/status/531366667377717248/photo/1, 9.11.2014.
6. 1984 waren der österreichische und der deutsche Außenminister, Erwin Lanc und Hans-Dietrich Genscher, die ersten westlichen Spitzendiplomaten, die die Isolation des iranischen Regimes durchbrachen und nach Teheran reisten. Ende der 1980er-Jahre wurden vom Regime in Österreich begangene Morde, wie jener am Vorsitzenden der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran und seiner Begleiter 1989 in Wien, nicht verfolgt: die Täter konnten unbehelligt in den Iran ausreisen. 1991 reiste Kurt Waldheim als erstes westliches Staatsoberhaupt nach der Islamischen Revolution in den Iran und legte am Sarkophag von Ajatollah Khomeini einen Kranz nieder. Anfang der 1990er-Jahre ging die Kooperation in Deutschland so weit, dass Geheimdienstminister Ali Falahean, einer der zentralen Akteure des iranischen Staatsterrorismus, dem zahlreiche iranische Oppositionelle auch in europäischen Ländern zum Opfer gefallen sind, sowohl in der BND-Zentrale in Pullach als auch im deutschen Kanzleramt empfangen wurde – was nach Bekanntwerden zu scharfen Protesten der NATO-Partner geführt hat. Vgl. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680689.html>, 25.10.1993.
7. Die Exporte aus der EU in den Iran sind von Januar bis September 2014 im Vergleich zum Vorjahr trotz der bestehenden Sanktionen von rund 3.500.000.000 Euro auf 3.900.000.000 gestiegen. Die Importe haben sich von 522 Millionen auf 688 Millionen erhöht. (Quelle: Eurostat, 27.11.2014).
8. Zit. n. David Menashri: *Post-Revolutionary Politics in Iran. Religion, Society and Power*. New York: Frank Cass 2001, S. 290.
9. Wahied Wahdat-Hagh: „Die Herrschaft des politischen Islam im Iran. Ein Überblick zu Struktur und Ideologie der khomeinistischen Diktatur.“ In: Stephan Grigat/Simone Dinah Hartmann (Hg.): *Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer*. Innsbruck u.a.: Studienverlag 2008, S. 44.
10. Vgl. ebd., S.49 ff.
11. Vgl. Ruhollah Khomeini: „Islamic Government.“ In: Ruhollah Khomeini: *Islam and Revolution. Writings and Declarations of Imam Khomeini*. Berkeley: Mizan Press 1981 [1970/71], S. 127.
12. Vgl. Walter Posch: „Juden im Iran. Anmerkungen zu einem antizionistischen Brief an Mahmoud Ahmadinejad.“ In: David. *Jüdische Kulturzeitschrift*, Nr. 84, 2010, S. 32.

13. Vgl. Stephan Grigat: „Frühling für Iran-Appeaser. Der westliche Wille zum Verhandeln mit Hassan Rohani und die Restabilisierung des iranischen Regimes.“ In: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, 2. Jg., Heft 3, 2013, S. 197 ff.
14. Vgl. http://www.iaea.org/sites/default/files/unsc_res1737-2006.pdf , 27.6.2014.
15. Vgl. http://www.iaea.org/sites/default/files/unsc_res1929-2010.pdf, 9.6.2014.
16. Vgl. http://eeas.europa.eu/statements/docs/2013/131124_03_en.pdf, 24.11.2013.
17. Vgl. dazu Matthias Küntzel: Die Deutschen und der Iran. Geschichte und Gegenwart einer verhängnisvollen Freundschaft. Berlin 2009, S. 271.
18. Vgl. Yehuda Yaakov: The Implementation of Coercive Diplomacy in the International Nuclear Crisis with Iran, 2003-2004. Tel Aviv 2013.
19. Realistischer als ein geschlossenes militärisches Agieren der EU-Staaten in dieser Frage ist derzeit allerdings, dass einzelne EU-Staaten, die wie Frankreich und Großbritannien dazu in der Lage sind und bei entsprechenden Regierungskoalitionen wohl auch willens wären, militärische Maßnahmen zur Verhinderung eines nuklear bewaffneten iranischen Regimes zumindest in Erwägung zu ziehen, auf nationalstaatlicher Ebene Entscheidungen treffen und lediglich politische Unterstützung bei ihren europäischen Partnern suchen würden. Die grundlegenden Probleme einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zeigen sich auch bei der Positionierung gegenüber Teheran. Nichtsdestotrotz wäre eine nüchterne Debatte über militärische Optionen zur Verhinderung einer Nuklearbewaffnung des iranischen Regimes auf europäischer Ebene wünschenswert – allein schon, um nicht einer präventiven Delegitimierung eines militärischen Agierens anderer Akteure wie beispielsweise Israel Vorschub zu leisten.
20. Vgl. Andreas Benl: Heiliger Krieg. Globaler Terrorismus als politisches Instrument der Islamischen Republik Iran. Iran-Policy Paper des Mideast Freedom Forum Berlin, <http://www.mideastfreedomforum.org/index.php?id=407#c2513>, Dezember 2014.

Literaturverzeichnis:

- Stephan Grigat: Die Einsamkeit Israel. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung. Hamburg: Konkret 2014
- Stephan Grigat/Simone Dinah Hartmann (Hg.): Iran im Weltsystem. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung. Innsbruck u.a.: Studienverlag 2010
- Matthew Kroenig: A Time to Attack. The Looming Iranian Nuclear Threat. New York: Palgrave MacMillan 2014
- Ulrike Marz: Kritik des islamischen Antisemitismus. Zur gesellschaftlichen Genese und Semantik des Antisemitismus in der Islamischen Republik Iran. Berlin: Lit 2014

Alte Klischees im Neuen Gewande

„Jawohl, sie halten uns in unserem eigenen Land gefangen, sie lassen uns arbeiten in Nasenschweiß, Geld und Gut gewinnen, sitzen dieweil hinter dem Ofen, faulenzten, pompen und braten Birnen, fressen, sauffen, leben sanft und wohl von unserm erarbeiteten Gut, haben uns und unsere Güter gefangen durch ihren verfluchten Wucher, spotten dazu und speien uns an, das wir arbeiten und sie faule Juncker lassen sein ... sind also unsere Herren, wir ihre Knechte.“ Bereinigen wir das Zitat um die etwas altertümliche Sprache, lassen wir die dermaßen Beschimpften etwa nicht „faule Juncker“ sondern „unnütze Schmarotzer“ sein, die nicht „Birnen braten“, sondern im Privatjet um den Globus jetten und „uns und unser erarbeitetes Gut“ nicht durch ihren „verfluchten Wucher“, sondern mithilfe ihrer „gierigen Finanzspekulationen“ bedrängen - im Handumdrehen sehen wir ein ziemlich aktuelles und weit verbreitetes Weltbild vor uns. Dass „die Gierigen da oben“ an „unserem Unglück“ schuld seien, gilt nämlich vielen ZeitgenossInnen als überzeugende Ursachenbeschreibung der seit Jahren anhaltenden weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die Frage, welchen Namen und welche Hausnummer „die da oben, die an allem schuld sind“ denn nun eigentlich ganz genau haben, wird unterschiedlich, manchmal

gar nicht, mitunter auch mit seltsam unklar-klar raunender Rede beantwortet. Der Autor des einleitenden Zitats - es ist schon bald ein halbes Jahrtausend alt - gab jedenfalls eine glasklare Antwort: die Juden sind's! Der das mit Bestimmtheit wusste, war niemand anderes als Martin Luther, jener „große Deutsche“, nach dem unzählige Plätze, Straßen und Schulen benannt sind und dessen Wirken mit Blick auf das herannahende Reformationsjubiläum 2017 landauf landab von kirchlicher wie staatlicher Seite wieder einmal in hellen Tönen gepriesen wird. Nachzulesen in seiner 1543 erschienen Schrift „Von den Jüden und ihren Lügen“. Der bei weitem nicht einzigen, aber übelsten jüdenfeindlichen Hetzschrift des Reformators, die er noch kurz vor seinem Tod verfasste. Und er lieferte darin auch gleich das Rezept mit, wie mit den Bösewichtern zu verfahren sei. So solle man u.a. ihre Synagogen und Schulen verbrennen, ihre Häuser zerstören, ihnen das freie Geleit entziehen und ihren Besitz konfiszieren.

Kein Wunder, dass Martin Luther im nationalsozialistischen Deutschland oft und gerne und zwar durchaus auch unverfälscht und ganz und gar nicht aus dem Zusammenhang gerissen zitiert wurde. Noch 1946 berief sich Julius Streicher, der Herausgeber des antisemitischen

Hetzblatts „Der Stürmer“ im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess auf den Reformator. Würde der heute noch leben, so Streicher, stünde er an seiner Stelle vor den Schranken des Gerichts. Auch im Spielfilm „Jud Süß“, der 1940 in die Kinos kam und in kürzester Zeit zum bis dahin größten Kassenschlager aller Zeiten avancierte, berufen sich die Judenhasser auf Luther. Über 20 Millionen strömten in die Kinos und sahen das Machwerk mit Ergriffenheit und Begeisterung. Sie mussten keineswegs vom Blockwart in den Kinosaal getrieben werden, denn sie sahen und erlebten dort exakt das, was sie dachten, glaubten, fühlten, wünschten und hofften. Denn der Film bediente ihre Vorstellung von sich selbst als den guten und arbeitenden Ehrlichen, die von hinterhältigen und böartigen Raffgierigen belogen und betrogen werden. Ein raffinerter und mit allen Wassern gewaschener Finanzexperte hilft dem Herzog von Württemberg immer wieder aus der Patsche und rettet ihn vor dem Staatsbankrott. Entsprechend verschafft er sich wachsenden

Einfluss am Hofe. In moderner Sprache: der Einfluss des Finanzkapitals auf die Politik wächst. Er selbst und seine Kumpane - allesamt Juden - bereichern sich dabei schamlos. Selbstredend muss das Geld irgendwoher kommen. Nun, sie greifen eben dem ehrlich arbeitenden Volk immer tiefer in die Tasche. Der Film lebt vom halluzinierten Gegensatz zwischen der ehrlichen und betrogenen Arbeit und der verabscheuungswürdigen Raffgier, die ohne Arbeit zu Reichtum und einem guten Leben gelangen will. Am Ende wird der Jude zur tiefen Befriedigung des ganzen umstehenden Volkes erhängt. Genau das haben sich die Leute - genauso wie die Kinobesucher - schon immer gewünscht. Wenige Monate nach dem Kassenschlager beschließt die Wannseekonferenz die „Endlösung der Judenfrage“. Natürlich hat der Film auch einen positiven Helden, der zum Kampf gegen die Juden mobilisiert. In der Schlüsselszene gewinnt er seine Mitstreiter mit dem Ausruf: „Wie die Heuschrecken fallen sie (die Juden) über uns her!“ Jetzt springt der Funke über, seine Mannen sind zum Kampf bereit.

Eine Broschüre der Gewerkschaft verdi „Finanzkapitalismus - Geldgier in Reinkultur!“, die den so genannten Finanzkapitalismus erklären will, arbeitet extensiv mit der Heuschreckenmetapher. Schon auf dem Titelblatt kommt ein bedrohlicher und schier unendlicher Heuschreckenschwarm auf den Betrachter zu. Illustrationen, auf denen oft nicht mehr zwischen Mensch und Heuschrecke zu unterscheiden ist, vervollständigen das Bild. Sie bedrohen uns, quetschen und saugen alles aus, ob Mietshäuser, Fabriken oder Büros. Alles für ihre unersättliche Gier nach Profit. Doch nicht nur in Gewerkschaftspublikationen, auch im gutbürgerlichen Blätterwald und in vermeintlich radikal kapitalismuskritischen Publikationen findet man immer wieder das Bild von den Heuschrecken, die über das Land, die Wohnungen und die Fabriken herfallen. Selbstredend sind die AutorInnen keine Nazis, ihnen das

zu unterstellen wäre nicht nur persönlich absolut unerträglich, es wäre auch sachlich vollkommen falsch. Doch ihre arglose Verwendung der Metapher verweist darauf, dass hochproblematische Bilder und Erklärungsmuster in der ganzen Gesellschaft verbreitet sind - ob rechts oder links oder auch in der vermeintlich so reflektierten Mitte.

Der oberflächliche und vereinfachende Blick auf die Funktionsweisen des globalisierten Kapitalismus gipfelt immer wieder in einer problematischen Frage, die sich selbst für die Ausgeburt von Kritik hält: „Geld regiert die Welt. Doch wer regiert das Geld?“ Sie erscheint auf dem Cover des „Spiegel“ oder in kirchlichen Seminarankündigungen, die nach einem „besseren Geldsystem“ Ausschau halten. Die Frage, mal genau so, mal ein wenig anders formuliert, bewegt die meisten Menschen. Denn es fällt tatsächlich schwer, den Kapitalismus zu begreifen. Der ist nämlich ein menschheitsgeschichtliches Novum. Während alle vorhergehenden Gesellschaftssysteme auf perso-

nellener Herrschaft basierten, beruht er auf abstrakter, versachlichter Herrschaft. Kapitalismuskritik, die nicht bloß an der Oberfläche kratzt und personalisiert, muss sich deswegen den durchaus nicht einfach zu verstehenden immanenten Sachzwängen eines Systems stellen, dessen innere Logik nicht etwa auf stofflichen Reichtum und ein gutes Leben für alle Menschen hinausläuft, sondern auf den inhaltsleeren Zweck eines Hamsterrads aus „immer mehr und immer schneller“, das vom Zwang zur fortlaufenden Verwertung des Kapitals angetrieben wird. Eine solche Kritik würde beispielsweise fragen, warum wir eigentlich ausgerechnet zu einem Zeitpunkt immer mehr und immer länger arbeiten sollen, wo wir dank Wissenschaft und Technik in der Lage sind, mit immer weniger Arbeit immer mehr stofflichen Reichtum zu produzieren. Doch solche Fragen lassen sich nicht mit Schuldzuweisungen an böartige Menschen und „Lügenpack“ beantworten, sie erfordern systemische Kritik. Um wie viel naheliegender und verführerischer ist da doch ein Weltbild, das über so etwas erst gar nicht nachdenken mag und dafür Heuschrecken, gierige Manager, Bankster und Spekulanten zu den Verantwortlichen für die Krise erklärt. Und das zudem noch den enormen Vorteil bietet, dass man sich selbst besten Gewissens dem wohligen Gefühl hingeben kann, zu den Guten zu gehören.

Es war eine national-sozialistische deutsche Arbeiter-Partei, die jene Volksmeinung schon einmal verkörperte, zu politischer Macht brachte und konsequent umsetzte. Denn wo geglaubt wird, einige wenige undurchschaubar Mächtige, Gierige und Böartige seien am Unglück der großen Masse schuld, drängt sich der Wunsch auf, die eingebildeten Schädlinge mögen beseitigt werden, damit es „uns“ wieder gut gehe. Deswegen stand „Arbeit macht frei“ über dem Tor von Auschwitz. Bis heute können sich das die wenigsten wirklich erklären. Schließlich gilt ihnen doch die Arbeit als eine gute Sache, mit der sie sich identifizieren. Doch

„ Kapitalismuskritik, die nicht bloß an der Oberfläche kratzt und personalisiert, muss sich den nicht einfach zu verstehenden immanenten Sachzwängen des Systems stellen “



Kundgebung des Zentralrats der Juden in Deutschland gegen Juden Hass, 14. September 2014.

in der Psyche derer, die sich der Gemeinschaft der „ehrlich Arbeitenden und Betrogenen“ zurechnen, schlummert seit jeher der Vernichtungswahn gegen die eingebildeten „schuldigen Gierigen“. In der Shoah hat er sich ausgelebt.

Dass den meisten Leuten heutzutage die gruselige Implikation ihres Denkens noch gar nicht zu Bewusstsein gekommen ist, vermag nicht zu beruhigen. Denn der bewusste Vernichtungswunsch steht nicht bereits am Beginn, sondern erst am Ende einer langen Kette von unreflektierter Empörung, Ressentiment und Pseudokritik.

Wo der unpersonale Herrschaftscharakter des Systems der Kapitalverwertung nicht verstanden ist und im Verborgenen wirkende Strippenzieher vermutet werden, lauert der Ausbruch der Barbarei. Zumal in Krisenzeiten wie den heutigen, die leider erwarten lassen, dass in den kommenden Jahren immer mehr Menschen Grund haben werden, sich über die Verschlechterung ihrer sozialen Lage zu empören. Solche Zeiten, man könnte es spätestens seit 1929 wissen, sind immer günstige Zeiten für die rasche, ja explosive Verbreitung des Ressentiments. Nicht dass jeder, der heute die Übel der Welt von gierigen Spekulanten und durchtriebenen Zockern verursacht sieht, bereits ein voll entwickeltes antisemitisches Weltbild mit sich herumtrüge. Noch ist vielen - wenn auch längst nicht mehr allen - zu glauben, wenn sie sagen, sie hätten nichts gegen Juden. Doch der oberflächliche, personalisierende und eben nur pseudokritische Antikapitalismus mündete schon einmal in antisemitischen Vernichtungswahn. Wer „Tötet die Juden!“ ruft, ist nur einen verhängnisvollen Weg zu Ende gegangen, den er schon viel früher und mitunter auch sehr leise begonnen hat.

Noch gilt es als Ausweis von Anständigkeit, kein Antisemit zu sein. Doch die Hülle dieses Bekenntnisses wird immer rissiger. Als der „Spiegel“ im Januar 2013 in unschuldiger Man-wird-doch-nochmal-fragen-dürfen-Manier die Frage stellte „Ist Antisemit, wer sagt, die Juden hätten zu viel Einfluss in Deutschland?“ konnte er sich bereits der offenen Unterstützung eines Viertels der

Deutschen sicher sein, die diese Meinung in Umfragen ungeniert zu Protokoll geben. Als die Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften (!) der Universität Osnabrück die Aussagen bewerten sollten „Es sollten weniger jüdische Einwanderer nach Deutschland gelassen werden“ und „Deutsche Frauen sollten keine Juden heiraten“ kreuzten lediglich 60 Prozent „stimmt gar nicht“ an. Und wenn „es dem Frieden dient“, lassen sich vermeintliche FriedensfreundInnen auf Ostermärschen auch mal „gerne als Antisemit beschimpfen“.

Apropos „Frieden“. Eine zentrale Rolle für das Comeback des Antisemitismus spielt die von den meisten Deutschen mit Hingabe betriebene „Israelkritik“. Sie bietet den unschätzbaren Vorteil, nichts gegen Juden haben zu müssen und „doch nur“ die israelische Politik zu kritisieren. Dabei verweist schon der Begriff „Israelkritik“ auf den obsessiven Charakter des Unterfangens. Eine Brasilienkritik, Dänemarkkritik oder Türkeikritik hat jedenfalls bisher noch niemand erfunden. Allein der jüdische Staat verleitet offenbar zur Kreation eines neuen Substantivs, das das Wort „Kritik“ enthält. Entsprechend sieht diese „Kritik“ dann auch aus. Zwei Drittel der Deutschen halten den jüdischen Staat für „die größte Gefahr für den Weltfrieden“. Befragt nach den Ursachen für den so genannten Nahostkonflikt fällt den meisten Medienschaffenden genauso wie den meisten „Leuten von der Straße“ spontan „die israelische Siedlungspolitik“ ein. Lässt man das einmal unkommentiert und fragt nach möglichen weiteren Gründen, werden die Antworten ganz schnell äußerst dünn. Dass der antisemitische Vernichtungswahn, von dem Israel umgeben ist und die Weigerung selbst der angeblich gemäßigten palästinensischen Kreise, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen, irgendetwas mit der Situation zu tun haben könnten - auf so etwas Naheliegenderes kommen die wenigsten. Dabei könnte, wer wollte, über Vieles Bescheid wissen. Beispielsweise über die Charta der Hamas, in der es heißt, „die Juden kontrollierten mit ihrem Reichtum weltweit die Medien, lenkten Revolutionen, bildeten überall Geheimorganisationen, um

Gesellschaftssysteme zu zerstören, stünden hinter beiden Weltkrieg und seien Drahtzieher jedes Krieges auf der Welt.“ Und „erst wenn alle Muslime die Juden bekämpften und töteten, werde das jüngste Gericht kommen. Dieses werde die Vernichtung aller Juden vollenden.“ Man könnte auch wissen, dass viele andere erklärte Feinde des jüdischen Staates, etwa die mächtigen Herrscher des iranischen Gottesstaates, ganz genauso denken. Und dass dies nichts, aber auch gar nichts mit „Kritik an israelischer Politik“ oder der Formulierung irgendeines „palästinensischen Nationalinteresses“ zu tun hat, sondern der blanke antisemitische Vernichtungswahn ist, den man in ganz ähnlichen Worten - auch das könnte man wissen - in Hitlers Politischem Testament nachlesen kann. Seine letzten Aufzeichnungen, einen Tag bevor er sich im Bunker die Kugel gab, waren diese: „Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, dass, wenn die Völker Europas wieder nur als Aktienpakete dieser internationalen Geld- und Finanzverschwörer angesehen werden, dann auch jenes Volk mit zur Verantwortung gezogen werden wird, das der eigentlich Schuldige an diesem mörderischen Ringen ist: Das Judentum!“ Man könnte wissen, wie sehr sich die Gedankenwelt fanatischer Judenhasser gleicht und man könnte daraus ableiten, in welcher Situation sich der jüdische Staat befindet. Dass er z.B. bei Strafe seines Untergangs seinen Gegnern militärisch überlegen bleiben muss. Doch all das interessiert nur wenige. Auch hier gilt: Einfache und oberflächliche Antworten sind ja so praktisch. Sie bedienen das eigene Ressentiment und lassen einen in dem angenehmen Gefühl zurück, zu den Guten zu gehören, die „Gottseidank nicht so sind“. Ressentiment ist faktenresistent. Dass es nie einen palästinensischen Staat gegeben hat, dass seit 92 Jahren auf 78 Prozent des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina ein arabischer Staat mit überwiegender palästinensischer Bevölkerungsmehrheit besteht, aus dem auf Geheiß der (britischen) Mandatsmacht sämtliche Juden zu verschwinden hatten (Transjordanien/Jordanien), dass Israel 2005 einen Herzenswunsch

der Hamas und deutscher FriedensfreundInnen erfüllte und sämtliche Siedlungen im Gazastreifen auflöste, dass Gaza daraufhin nicht etwa zum blühenden Friedensland, sondern zur Raketenabschussrampe wurde - all das und noch viel mehr will man gar nicht wissen. In aller Regel reicht das Stichwort „Siedlungspolitik“ aus, um eine feste Meinung zum Thema zu haben. Wer das Wort fehlerfrei aussagen kann, darf sich zur unüberschaubar großen Menge der eingebildeten Nahostexperten in Deutschland rechnen. „Siedlungspolitik“ ist zur Chiffre verkommen, mittels derer man sich gegenseitig permanent zu verstehen gibt, man wisse ja nur zu gut, wer der eigentlich Schuldige ist.

Dass Antizionismus, also die Ablehnung des jüdischen Staates, etwas völlig anderes sei als Antisemitismus, dass er doch nur die verständliche Reaktion auf die angeblich so schlimme Politik Israels sei, ist das Glaubensbekenntnis aller modernen AntisemitInnen. Doch bei genauerem Hinsehen erweist sich bereits die

Vorstellung, den Hass auf jüdische Staatlichkeit habe es vor der Existenz des Zionismus oder Israels nicht gegeben, als falsch. Auch in diesem Punkt hat Martin Luther schlechte Vorarbeit geleistet. 1538 machte er sich in seiner Schrift „Wider die Sabather“ über diese jüdische Sekte wie folgt lustig: „So lasst sie doch hinfahren ins Land und gen Jerusalem, Tempel bauen, Priesterthum, Fürstenthum, und Mosen mit seinem gesetzte aufrichten und also sie selbs wiederumb Jüden werden und das Land besitzen. Wenn das geschehen ist, so sollen sie uns bald auf den ferssen nach sehen daher kommen und auch Jüden werden. Thun sie das nicht, so ists aus der massen lächerlich, das sie uns Heiden wollen bereden zu jrem verfallen gesetzte, welches nu wohl Funffzehnhundert jar verfaulet und kein gesetzte mehr gewesen ist.“ Sie sind doch gar nicht in der Lage, einen ordentlichen Staat zu errichten, die Juden, hören wir da heraus. Immanuel Kant sprach von den Juden als „einer ganzen Nation von lauter Kaufleuten ... deren bei weitem größter Theil keine bürgerliche Ehre sucht“ und dessen „Gesetzgeber... nur ein politisches, nicht ein ethisches gemeines Wesen habe gründen wollen“. Die Juden und ein ethisches Gemeinwesen? Unmöglich! Ein weiterer „großer Deutscher“, Johann Gottlob Fichte, meinte: „Fast durch alle Länder Europas verbreitet sich ein mächtiger, feindselig gestimmter Staat, der mit allen übrigen im beständigen Kriege steht... es ist das Judenthum.“ Die Juden, lesen wir durch die Jahrhunderte immer wieder, sind ja gar nicht in der Lage, einen „normalen“ Staat zu bilden, ihr Staat ist unmoralisch, unethisch und kriegerisch. Das alles „wussten“ die Antisemiten bereits ein paar Jährchen vor der Gründung des

Staates Israel. Antizionismus war schon immer fester Bestandteil des Antisemitismus. Aber auch davon will man in Deutschland nichts wissen.

Nicht auszuschließen, dass es Jahrzehnte nach dem von den Alliierten gegen den Willen der Deutschen erzwungenen Ende des Holocausts in diesem Lande wieder salonfähig werden könnte,

sich AntisemitInnen zu nennen. Rückblickend würde sich dann der eine Zeitlang herrschende „anti-antisemitische“ Konsens lediglich als ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zurück zu deutscher Normalität erweisen. Selbstverständlich würden dann auch die „Israelkritik“ und der personalisierende Pseudo-Antikapitalismus ihr heimliches Liebschaftsverhältnis zugunsten einer ganz offen gelebten Ehe aufgeben. Die Süddeutsche Zeitung, die am 2. Juli 2013 ihrer linksliberalen Leserschaft die Zeichnung eines böartigen und gierigen Monsters präsentierte, das sie mit dem jüdischen Staat gleichsetzte, den „wir Deutschen“ angeblich füttern müssen, könnte sich möglicherweise ans Revers heften, diesen letzten Dammbuch eingeleitet zu haben.

Lothar Galow-Bergemann, Vorstandsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Stuttgart & Mittlerer Neckar, schreibt u.a. in konkret, Jungle World und www.emafrie.de

” Noch gilt es als Ausweis von Anständigkeit, kein Antisemit zu sein. Doch die Hülle dieses Bekenntnisses wird immer rissiger. “

UNRWA – auch deutsche Steuergelder für Kindesmissbrauch

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, englisch United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, UNRWA, ist ein vorgeblich zeitlich befristetes Hilfsprogramm der Vereinten Nationen, das seit seiner Gründung 1949 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen regelmäßig um drei Jahre verlängert wurde (zuletzt bis zum 30. Juni 2017). Am 19. November 1948 hatte die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Gründung der Vorläuferorganisation der UNRWA als Hilfsorganisation für die palästinensischen Flüchtlinge beschlossen; sie erhielt den Namen United Nations Relief For Palestine Refugees (UNRPR).

UNRWA ist die einzige UN-Agentur, die ausschließlich für eine einzige Flüchtlingsgruppe auf der Welt zuständig ist, nämlich für die palästinensisch-arabischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen, die in der Folge des israelischen Unabhängigkeitskrieges 1948 geflüchtet sind oder - in weit geringerem Umfang - vertrieben wurden.

Wer sind die per definitionem palästinensischen Flüchtlinge, für die eigens eine Hilfsorganisation gegründet wurde? Die UNRWA-Flüchtlingsdefinition macht palästinensische Menschen und ihre Nachkommen zu Dauerflüchtlings- und Dauerhilfsempfängern von UN-Mitteln und degradiert sie somit zu dauerhaften Wohlfahrtsempfängern, anstatt sie für immer in den palästinensischen Gebieten oder arabischen Staaten anzusiedeln. Demnach sind palästinensische Flüchtlinge Personen, deren eigentlicher Wohnsitz zwischen Juni 1946 und Mai 1948 in Palästina war und die ihre Heimat und ihren Besitz in Folge des Konfliktes verloren - inklusive sämtlicher Nachkommen, Kinder, Enkel, Urenkel usw. Das sind heute um die 4,8 Millionen Menschen, unabhängig davon, ob sie im Libanon, in Syrien, in Jordanien, in der Westbank oder im Gazastreifen leben. Inzwischen kann der Flüchtlingsstatus auch per Adoption an Personen weitergegeben werden, die bislang keinen Anspruch auf Unterstützungsleistungen der UNRWA hatten. Nur die Palästinenser sind derart privilegiert, für die übrigen Flüchtlinge auf der Welt ist die Organisation UNHCR zuständig, und deren Flüchtlingsstatus ist tatsächlich zeitlich begrenzt.

Nach einer Beendigung oder Reformierung dieses höchst umstrittenen UN-Programms für Palästinenser sieht es unter den derzeitigen Umständen bei den Vereinten Nationen nicht aus. Man muss sich in Erinnerung rufen, dass die Mehrheit der UN-Mitglieder aus Staaten

besteht, die den Anforderungen an zivile, demokratisch verfasste Gesellschaften nicht genügen und ohnehin israelfeindlich eingestellt sind. Es fehlt der politische Wille maßgeblicher Mitgliedsstaaten, die Palästinenser zu einer verbindlichen Anerkennung des Staates Israel zu zwingen, wenn sie schon selbst nicht willens sind, eine Zwei-Staaten-Lösung im Rahmen von direkten Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien anzustreben.

Bei den Vereinten Nationen hatten die Diskussionen über die palästinensischen Flüchtlinge bereits im Sommer 1948, noch vor dem militärischen Sieg Israels im Unabhängigkeitskrieg, begonnen. Die Araber verlangten, dass den Flüchtlingen das Recht auf Repatriierung zugesprochen werde, das heißt das sogenannte Recht auf Rückkehr ins israelische Kernland, und verlangten seither in bilateralen Verhandlungen immer wieder, dass Israel diese Lesart übernimmt. Aus israelischer Sicht hätten die Flüchtlinge durchaus die Möglichkeit gehabt, in ihrer Heimat zu bleiben und damit Bürger des am 14. Mai 1948 neu gegründeten Staates zu werden. Schätzungsweise 160.000 Araber haben sich tatsächlich zu diesem Schritt entschlossen. Eine Repatriierung derer, die das Land in der Mehrheit freiwillig verlassen hatten, wäre dagegen nach den Worten des damaligen Außenminister Moshe Sharrett eine „selbstmörderische Dummheit“ gewesen.

Die UNRWA unterhält derzeit Einrichtungen in Jordanien, Syrien, Libanon, dem Gazastreifen und dem Westjordanland. Das reguläre Budget belief sich im Jahr 2013 auf insgesamt etwa 587 Millionen US-Dollar. Dazu kamen weitere 632 Millionen US-Dollar für Projekte. Das Gros der Finanzierung wird durch freiwillige Zahlungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sichergestellt. Die USA sind mit 294 Millionen US-Dollar der größte nationale Geldgeber, gefolgt von Saudi-Arabien,

das sich mit 151 Millionen US-Dollar beteiligte. Die Europäische Union beteiligte sich 2013 mit Zuwendungen in einer Gesamthöhe von 216 Millionen US-Dollar (Stand 31. Dezember 2013). Das bedeutet, dass auch dem deutschen Steuerzahler für die Verwendung seiner Gelder in palästinensischen Gebieten eine Verantwortung zukommt, in Gebieten, in denen wie unter der Herrschaft der Hamas aktuell 17.000 Kinder (!) für den nächsten Waffengang gegen Israel indoktriniert und militarisiert werden; die Kinderkommission des deutschen Bundestages orientiert sich, dies zur Erinnerung, an der Kinderrechtscharta der Vereinten Nationen, in der es heißt, dass Kinder ein Recht auf gewaltfreie Erziehung haben.

„ Die UNWRA macht palästinensische Menschen und ihre Nachkommen zu Dauerflüchtlings- und Dauerhilfsempfängern von UN-Mitteln und degradiert sie somit zu dauerhaften Wohlfahrtsempfängern, anstatt sie für immer in den palästinensischen Gebieten oder arabischen Staaten anzusiedeln. Demnach sind palästinensische Flüchtlinge Personen, deren eigentlicher Wohnsitz zwischen Juni 1946 und Mai 1948 in Palästina war und die ihre Heimat und ihren Besitz in Folge des Konfliktes verloren - inklusive sämtlicher Nachkommen, Kinder, Enkel, Urenkel usw. Das sind heute um die 4,8 Millionen Menschen, unabhängig davon, ob sie im Libanon, in Syrien, in Jordanien, in der Westbank oder im Gazastreifen leben. Inzwischen kann der Flüchtlingsstatus auch per Adoption an Personen weitergegeben werden, die bislang keinen Anspruch auf Unterstützungsleistungen der UNRWA hatten. Nur die Palästinenser sind derart privilegiert, für die übrigen Flüchtlinge auf der Welt ist die Organisation UNHCR zuständig, und deren Flüchtlingsstatus ist tatsächlich zeitlich begrenzt. Nach einer Beendigung oder Reformierung dieses höchst umstrittenen UN-Programms für Palästinenser sieht es unter den derzeitigen Umständen bei den Vereinten Nationen nicht aus. Man muss sich in Erinnerung rufen, dass die Mehrheit der UN-Mitglieder aus Staaten

„ Die UNWRA macht palästinensische Menschen und ihre Nachkommen zu Dauerflüchtlings- und Dauerhilfsempfängern von UN-Mitteln und degradiert sie somit zu dauerhaften Wohlfahrtsempfängern, anstatt sie für immer in den palästinensischen Gebieten oder arabischen Staaten anzusiedeln. Demnach sind palästinensische Flüchtlinge Personen, deren eigentlicher Wohnsitz zwischen Juni 1946 und Mai 1948 in Palästina war und die ihre Heimat und ihren Besitz in Folge des Konfliktes verloren - inklusive sämtlicher Nachkommen, Kinder, Enkel, Urenkel usw. Das sind heute um die 4,8 Millionen Menschen, unabhängig davon, ob sie im Libanon, in Syrien, in Jordanien, in der Westbank oder im Gazastreifen leben. Inzwischen kann der Flüchtlingsstatus auch per Adoption an Personen weitergegeben werden, die bislang keinen Anspruch auf Unterstützungsleistungen der UNRWA hatten. Nur die Palästinenser sind derart privilegiert, für die übrigen Flüchtlinge auf der Welt ist die Organisation UNHCR zuständig, und deren Flüchtlingsstatus ist tatsächlich zeitlich begrenzt. Nach einer Beendigung oder Reformierung dieses höchst umstrittenen UN-Programms für Palästinenser sieht es unter den derzeitigen Umständen bei den Vereinten Nationen nicht aus. Man muss sich in Erinnerung rufen, dass die Mehrheit der UN-Mitglieder aus Staaten

“

UNRWA-Agenda

Die Tätigkeit von UNRWA bestand historisch zunächst in der Bereitstellung von Nothilfe, also Lebensmitteln, Unterkünften, Kleidung und der wichtigsten medizinischen Versorgung. Heute gehen mehr als die Hälfte des UNRWA-Jahreshaushaltes allerdings in die Erziehung, - es lohnt hier also ein genauer Blick auf die Inhalte -, 20 % ins Gesundheitswesen und 10 % in die Sozialhilfe; mit dem Rest werden die administrativen Kosten bestritten.

Die Arbeit von UNRWA konzentriert sich demzufolge auf die Bereiche Erziehung, Ausbildung, medizinische Versorgung, humanitäre Maßnahmen, Verbesserung der Infrastruktur und Beschaffung von Arbeitsplätzen. Die Organisation hat, nach einer Studie des Washington Institute for Near East Policy von 2009, ihr Tätigkeitsgebiet ständig selbst erweitert und übernimmt klassische Regierungsaufgaben wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Stadtplanung und Sozialhilfe. Sie ist zu einer zunehmend

politischen und politisierten Institution geworden, die ihren Anteil daran hat, dass der palästinensisch-israelische Konflikt andauert. An den Amtssitzen der Organisation in Amman und Gaza sind etwa 500 Personen beschäftigt. Nur 153 Dienstposten der UNRWA sind international besetzt. Die UNRWA betreute 2002 ca. 250.000 Fürsorgeempfänger (special hardship cases) in der Flüchtlings-/Vertriebenengemeinde. Weiterhin werden etwa 22.000 Familien im Gaza-Streifen und dem Westjordanland mit Nahrungsmitteln versorgt. Allein im Gaza-Streifen waren das 2009 etwa 750.000 Menschen. Die Zahl erhöhte sich stetig weiter, im November 2012 wurden rund 800.000, im Sommer 2014 rund 830.000 Menschen im Gaza-Streifen von der UNRWA mit Lebensmitteln versorgt. Seit 1991 vergibt UNRWA auch Kredite an Einzelunternehmer und Kleinbetriebe. Insgesamt wurden bisher (Stand 12/2006) 126.000 Kredite im Gesamtvolumen von 131 Millionen US\$ gewährt.

Der Großteil der knapp 30.000 Bediensteten sind Palästinenser, ein Faktum, das sich darin niederschlägt, dass im Gazastreifen die auch von der EU als Terrororganisation gelistete Hamas, deren Charta der Judenvernichtung nie geändert wurde, keinen geringen Einfluss auf die UNRWA ausübt. Jüngst spricht der sogenannte Minister für Religion der Hamas Ismail Radwan erstens davon, dass die Charta der Hamas Teil des Curriculums für Schüler sei und nach wie vor die Prinzipien der Hamas repräsentiere, und zweitens davon, dass die Verbindungen zur UNRWA sehr gut seien und auf vielen Ebenen sehr gut kooperiert werde. Es gäbe eine direkte Verbindung zwischen der Hamas und UNRWA.¹ Diese „direkte“ Verbindung ist sehr gut dokumentiert,² vor laufender Kamera freuen sich Schülerinnen und Schüler von UNRWA-Schulen über antijüdische Terrorattacken und erklären ihre Bereitschaft zum Märtyrertod gegen Juden.

„ Die Tätigkeit von UNRWA bestand zunächst in der Bereitstellung von Nothilfe. Heute gehen mehr als die Hälfte des UNRWA-Jahreshaushaltes in die Erziehung. “

Sie erklären, dass die UNRWA-Lehrer mit ihnen die Notwendigkeit des suizidalen Terrors gegen Israelis erörtern. Jeder habe sein Blut für die Heimat zu opfern. Ein UNRWA-Lehrer erklärt, dass der jüngste Gaza-Krieg von 2014 die Bereitschaft der Schüler, als Märtyrer zu sterben, gestärkt habe. Die Schüler glaubten, so der Lehrer, dass das Recht auf ihrer Seite sei. Der gleiche UNRWA-Lehrer betont die Pflicht zum Dschihad. Wenn ihn seine Schüler fragten, ob es ihre Pflicht sei, Raketen abzuschießen, so bejahe er dies. Die Schüler erklären ihre Bereitschaft,

Raketen auf Haifa und Tel Aviv abzufeuern. Sie sagen, dass Israel auf ihren Landkarten nicht vorkomme. Es gäbe nur Jaffa, Haifa, Acre und Gaza. Israel existiere nicht, und der Dschihad werde im UNRWA-Unterricht studiert. Es werde auch das „Recht auf Rückkehr“ studiert – auf Rückkehr in die Gebiete von 1948 (also das Kernland Israel, JR).

Im Geschichtsunterricht werde gelehrt, dass die Israelis das Land erobert hätten, niemand wisse, woher sie ursprünglich gekommen seien. Es gäbe nichts

wie Israel, weil alles Palästina sei. Was durch Gewalt genommen worden sei, werde durch Gewalt zurückkehren. Israel sei ein Terrorstaat, und seine Bewohner seien feindlich eingestellt.

Nach dem Schulunterricht werden für die Kinder paramilitärische Übungen organisiert. In der Westbank paradieren UNRWA-Schüler auf den Straßen und fordern Israels Vernichtung. Acht- bis zehnjährige Schüler haben bereits ein militärisches Training absolviert

Erziehung zu Mündigkeit und Urteilsfähigkeit?

Etwa 485.000 Schüler besuchen die 666 Grund- und Hauptschulen des Hilfswerks, deren Lehrplan dem der staatlichen Schulen angeglichen wurde. Staatlich heißt hier unter Kontrolle der palästinensischen Autonomiebehörde, die bis heute über die Fatah den Terror gegen Israelis glorifiziert und mit der Hamas in einer „Einheitsregierung“ sitzt. In einem UNRWA-Schulgebäude sind oft zwei Schulen untergebracht, der Unterricht findet dann in zwei Schichten statt. Nach der Hauptschule können palästinensische Kinder die Oberstufe einer öffentlichen Mittelschule besuchen und sich um ein UNRWA-Stipendium für eine Hochschule bewerben. Oder sie können versuchen, einen der etwa 5.600 Studienplätze in einer der acht Berufsschulen bzw. Lehrerbildungsanstalten des Hilfswerks zu bekommen. Viele Absolventen dieser Schulen fanden Posten in den Golfstaaten und in anderen arabischen Ländern.

Was aber wird den Schülerinnen und Schülern an Inhalten vermittelt? Sind die Lehrinhalte Grundlagen vergleichbar, wie sie unabdingbar dafür sind, junge Menschen zu ich-starken, selbstbewussten, vor allem von Vorurteilen freien Individuen auszubilden? Tragen die

Lehrinhalte im Gazastreifen unter der Herrschaft der Hamas – Israel hält den Gazastreifen ja schon seit Jahren nicht mehr besetzt – dazu bei, den Schülerinnen und Schülern die Perspektive einer gewaltfreien, prosperierenden und dauerhaften Koexistenz an der Seite des Staates Israel zu vermitteln?

Der Nahostexperte Dr. Arnon Groiss, der seit dem Jahr 2000 Schulbücher des Nahen Ostens untersucht, hat die an Schulkinder via UNRWA vermittelten antijüdischen Ressentiments und Falschaussagen zusammengetragen, wie sie sich in den Schulbüchern der palästinensischen Autonomiebehörde niederschlagen.³

Die Beispiele stammen aus neuen Büchern der Behörde und sind sehr aktuell. Die untersuchten Bücher wurden im September 2000 eingeführt und werden seitdem in neuen Auflagen im Gazastreifen, in der Westbank und in Ost-Jerusalem eingesetzt. Es geht um die Darstellung von Juden, Israel und die Wahrnehmung des gegenwärtigen Konfliktes anhand verschiedener Beispiele.

Jüdischen Präsenz in Israel und Palästina in Gegenwart und Vergangenheit wird wie folgt delegitimiert:

1. Die Palästinenser sind direkte Nachfahren der „arabischen“ Kanaaniter und Jebusiden⁴
2. Juden sind voller „Besitzgier“ [atmaa'] nach Land⁵
3. Jüdische Heiligtümer (die Klagemauer in Jerusalem, die Höhle der Patriarchen in Hebron und Rachel's Grab in Bethlehem) werden als muslimische Heiligtümer dargestellt, die von jüdischer Besatzung bedroht seien⁶
4. Israel's sechs Millionen Juden werden nicht zu den Einwohnern Israels gezählt, dagegen aber die israelischen Araber und die Palästinenser außerhalb Israels⁷
5. Jüdische Städte wie Tel Aviv finden sich von ein oder zwei Ausnahmen abgesehen nicht auf Landkarten
6. Hebräisch als Sprache wird verleugnet: eine hebräische Inschrift ist von der Reproduktion einer Briefmarke aus der britischen Mandatszeit entfernt⁸

Attribute zur Dämonisierung von Juden:

1. Aggression und Raub⁹
2. Genozidale Bestrebungen gegenüber Palästinensern¹⁰
3. Untreue¹¹
4. Feindschaft Muslimen gegenüber¹²
5. Feindschaft Christen gegenüber¹³

Nicht-Anerkennung Israels als souveräner Staat in der Region:

1. Mit der Ausnahme von zwei Fällen erscheint Israel nicht auf Landkarten. Viele Karten tragen stattdessen den Namen „Palästina“¹⁴
2. Israel wird nicht zu den souveränen Staaten der Region gezählt und der Name ist ersetzt durch den Begriff „Palästina“¹⁵
3. Der Begriff „israelisches Territorium“ ist durch Umschreibungen ersetzt wie „das Innere“, die „Territorien von 1948“ und die „grüne Linie“¹⁶
4. Regionen, Städte und Landschaften des Israels von vor 1967 werden ausschließlich als palästinensisch beschrieben¹⁷

Dämonisierung Israels als ausschließliche Quelle des Bösen:

1. Besetzung ganz Palästinas 1948¹⁸
2. Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat¹⁹
3. Massaker an Palästinensern²⁰
4. Ermordung palästinensischer Kinder²¹
5. Zerstörung palästinensischer Städte und Dörfer²²
6. Schändung muslimischer und christlicher Heiligtümer²³
7. Zerstörung palästinensischer Häuser²⁴
8. Entwurzelung palästinensischer Bäume²⁵
9. Vergiftung palästinensischen Bodens²⁶
10. Schädigung palästinensischer Landwirtschaft²⁷
11. Raub palästinensischer Wasserressourcen²⁸
12. Einschränkung der palästinensischen Tourismusindustrie²⁹
13. Versuche, palästinensische Identität und palästinensisches Nationalerbe auszulöschen³⁰
14. Verkrüppelung palästinensischer Individuen³¹
15. Verantwortung für palästinensische innerfamiliäre Gewalt³²
16. Falsche Anschuldigungen in Bezug auf palästinensischen Terror³³

Befürwortung des „Rechts auf Rückkehr“, des bewaffneten Kampfes, des Dschihad und der „Märtyrer“

1. Das Recht auf Rückkehr³⁴
2. Die gewaltsame Rückkehr der Flüchtlinge³⁵
3. Militanter Kampf als Weg, Palästina zu befreien (niemals beschränkt auf die Gebiete des Gazastreifens und der Westbank allein)³⁶
4. Begeisterung für den Dschihad³⁷
5. Glorifizierung des und Aufruf zum Märtyrertum³⁸
6. Glorifizierung der „Kriegsgefangenen“ [inhaftierte Mitglieder von Terrororganisationen oder deren Unterstützer]³⁹

UNRWA perpetuiert die Lage der Palästinenser materiell und ideologisch, anstatt Integration und Ansiedlung in arabischen Staaten und den palästinensischen Gebieten auf Dauer zu fördern und damit den Konflikt tatsächlich entscheidend zu deeskalieren und die Anzahl der sogenannten Flüchtlinge zu reduzieren.

Im Jahr 2004 wurde durch Peter Hansen, den damaligen Leiter der Organisation und stellvertretenden Generalsekretär der Vereinten Nationen, zusätzlich bekannt, dass Hamas Sympathisanten hohe Positionen bei der UNRWA besetzen. Daraufhin stellte Kanada eine gänzliche Streichung der Unterstützung in Aussicht und Peter Hansen wurde gezwungen, seinen Posten zu verlassen. Im gleichen Jahr enthüllten amerikanische Finanzbehörden einige Spenden, die in Verbindung mit internationalen Terrororganisationen gebracht werden konnten; ähnliche Fälle wurden auch 2006 bekannt.

Während des jüngsten Gaza-Konflikts im Sommer 2014 wurde bekannt, dass palästinensische Terrororganisationen Einrichtungen der UNRWA, zum Beispiel Schulen, mehrfach als Verstecke für Raketen benutzten. Die UNRWA-Mitarbeiter hatten die Waffen nicht etwa unbrauchbar gemacht, sondern sie der Hamas überge-

ben. Die UNRWA lehnte es ebenfalls ab, Fotos der Auffindesituation an Israel zu übergeben, teilweise wurde nicht einmal die Anzahl der Raketen ermittelt, da die Mitarbeiter sofort abgezogen wurden. Kritik an der Neutralität der UNRWA stützte sich ebenfalls auf emotionale Auftritte von UNRWA Vertretern, denen antiisraelische und einseitige Stellungnahmen vorgeworfen wurden. Insbesondere die Ablösung von UNRWA Sprecher Christopher Guinness wurde verlangt, nachdem dieser Israel vorgeworfen hatte, den Palästinensern und deren Kindern grundlegende Rechte vorzuenthalten und dann vor laufenden Kameras in Tränen ausgebrochen war.

UNRWA und Israel

David Ben-Gurion formulierte am 1. August 1948 die bis heute gültige israelische Position zum Komplex des Flüchtlingsproblems: "Wenn die arabischen Staaten

bereit sind, einen Friedensvertrag mit Israel zu schließen, wird im Rahmen der allgemeinen Regelung auch für diese Frage eine konstruktive Lösung gefunden werden müssen. Dabei werden unsere Gegenansprüche im Hinblick auf die Vernichtung jüdischen Lebens und Eigentums, die langfristigen Interessen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung, die Stabilität des Staates Israel und die Dauerhaftigkeit der Grundlage des Friedens zwischen ihm und seinen Nachbarn, aber auch die Lage und das Schicksal

der jüdischen Gemeinschaften in den arabischen Ländern, die Verantwortung der arabischen Regierungen für den Angriffskrieg und ihre Bereitschaft zur Wiedergutmachung zutiefst relevant für die Frage sein, ob, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen den ehemaligen arabischen Einwohnern des israelischen Staatsgebietes die Rückkehr gestattet wird."

Die einfache Lösung für die Flüchtlingsfrage wäre die Etablierung eines friedlichen, auf Koexistenz mit dem jüdischen Staat ausgerichteten palästinensisch-arabischen Staates gewesen, den es seit 1948 geben könnte. Dass es nicht dazu kam, ist nicht Israels Schuld.

Kernproblem des Konfliktes ist, dass die meisten arabischen Staaten nicht bereit waren, die Existenz des jüdischen Staates anzuerkennen.

Aber auch die Bundesregierung trägt durch ihren mangelnden Willen, Druck auf die palästinensische Führung auszuüben,

dazu bei, dass die nächste Generation von Palästinensern zum Hass auf Israel erzogen wird – und damit zum nächsten antijüdischen Krieg. Wenigstens der deutsche Steuerzahler sollte sich fragen, ob er weiterhin dazu beitragen möchte, antijüdischen Hass zu schüren – und damit eine Lösung des Nahostkonfliktes unmöglich zu machen.

Jörg Rensmann, Vorstand Mideast Freedom Forum
Berlin

„ Auch die Bundesregierung trägt dazu bei, dass Palästinenser zum Hass auf Israel erzogen werden.“

1. <https://www.youtube.com/watch?v=V3OqKGSNcJk>; zuletzt abgerufen am 6.4.2015.
2. vgl. <http://israelbehindthenews.com/hamas-official-hamas-and-unrwa-are-directly-connected/12824/>; zuletzt abgerufen am 6.4.2015.
3. <http://israelbehindthenews.com/anti-semitism-new-pa-schoolbooks-used-unrwa-schools-2001-2014/11942/>; zuletzt abgerufen am 6.4.2015.
4. Christian Education, Grade 2, 2010, S. 11; Our Beautiful Language, Grade 6, Part 2, 2012, S. 9; National Education, Grade 5, 2013, S. 30.
5. National Education, Grade 7, 2013, S. 20.
6. National Education, Grade 7, 2013, S. 21, 55.
7. National Education, Grade 6, 2013, S. 10.
8. National Education, Grade 2, Part 1, 2007, S. 7.
9. Reading and Texts, Grade 9, Part 2, 2013, S. 51-53.
10. National Education, Grade 7, 2013, S. 20.
11. Islamic Education, Grade 9, Part 1, 2013, Frage auf S. 51.
12. Islamic Education, Grade 9, Part 2, 2013, S. 41.
13. Christian Education, Grade 3, 2002, S. 86.
14. Examples: National Education, Grade 2, Part 1, 2007, S. 16; National Education, Grade 4, Part 2, 2013, S. 33.
15. Islamic Education, Grade 2, Part 1, 2013, S. 72; History, Grade 5, 2012, S. 27.
16. National Education, Grade 4, Part 1, 2013, S. 43; National Education, Grade 6, 2013, S. 10.
17. Our Beautiful Language, Grade 5, Part 2, 2012, S. 90 National Education, Grade 2, Part 2, 2013, S. 25; National Education, Grade 6, 2013, S. 13.
18. National Education, Grade 5, 2013, S. 30.
19. Geography, Grade 9, 2013, p. 40; National Education, Grade 6, 2013, S. 12.
20. National Education, Grade 6, 2013, S. 12.
21. Our Beautiful Language, Grade 7, Part 2, 2013, S. 58; Reading and Texts, Grade 8, Part 2, 2013, S. 28; Reading and Texts, Grade 8, Part 1, 2013, S. 32.
22. Reading and Texts, Grade 8, Part 1, 2013, S. 61; National Education, Grade 7, 2013, S. 55.
23. Christian Education, Grade 5, 2004, S. 81; National Education, Grade 7, 2013, S. 55.
24. Our Beautiful Language, Grade 2, Part 1 2013, S. 80; Reading and Texts, Grade 8, Part 2, 2013, S. 11.
25. Our Beautiful Language, Grade 2, Part 1, 2013, S. 71.
26. Civics, Grade 6, 2013, S. 55; Health and the Environment, Grade 8, 2012, S. 112.
27. Our Beautiful Language, Grade 5, Part 2, 2012, S. 66.

28. Our Beautiful Language, Grade 6, Part 1, 2013, S. 48.
29. National Education, Grade 7, 2013, S. 78.
30. National Education, Grade 7, 2013, S. 44, 54.
31. Health and the Environment, Grade 8, 2012, S. 86.
32. Civics, Grade 8, 2013, S. 55.
33. Reading and Texts, Grade 8, Part 1, 2013, S. 43.
34. Islamic Education, Grade 6, Part 1, 2012, S. 69; Our Beautiful Language, Grade 5, Part 1, 2013, S. 91; History, Grade 5, 2012, S. 7; National Education, Grade 2, Part 1, 2007, S. 36; National Education, Grade 4, Part 1, 2013, S. 43; National Education, Grade 5, 2013, S. 35; National Education, Grade 7, 2013, S. 21.
35. Our Beautiful Language, Grade 5, Part 1, 2013, S. 50; Our Beautiful Language, Grade 7, Part 1, 2013, S. 28.
36. Our Beautiful Language, Grade 3, Part 2, 2013, S. 83; Our Beautiful Language, Grade 4, Part 2, 2012, S. 20-21; Reading and Texts, Grade 9, Part 1, 2013, S. 9-10, 12.
37. Islamic Education, Grade 7, Part 2, 2013, S. 60; Reading and Texts, Grade 8, Part 1, 2013, S. 44.
38. Islamic Education, Grade 6, Part 1, 2012, S. 22, Our Beautiful Language, Grade 6, Part 1, 2013, S. 89; Our Beautiful Language, Grade 7, Part 1, 2013, S. 75; Our Beautiful Language, Grade 7, Part 2, 2013, S. 49; Linguistic Studies, Grade 8, Part 2, 2012, S. 60.
39. Our Beautiful Language, Grade 2, Part 1, 2013, S. 165; Our Beautiful Language, Grade 5, Part 2, 2012, S. 29; Our Beautiful Language, Grade 6, Part 1, 2013, S. 66.

Beharrlichkeit

Auszug aus Kapitel 1 des Buches *Start-up Nation Israel* (© 2012 Carl Hanser Verlag, *Start-up Nation Israel*, ISBN 978-3-446-42921-5) Wie ein amerikanischer Manager die israelischen Verhältnisse beim Kauf eines israelischen Start-ups erlebt, ist im folgenden Nachdruck der Seiten 45 bis 57 des Buches *Start-up Nation Israel* zu lesen.

An einer Straßenecke stehen vier Männer: ein Amerikaner, ein Russe, ein Chinese und ein Israeli ... Ein Reporter tritt an die Gruppe heran und fragt die Männer: »Entschuldigen Sie bitte: Wie ist Ihre Meinung zur Fleischknappheit?«

Der Amerikaner antwortet: »Was bedeutet Knappheit?« Der Russe sagt: »Was ist Fleisch?« Der Chinese sagt: »Was ist eine Meinung?« Der Israeli sagt: »Was bedeutet »Entschuldigen Sie bitte?«

Mike Leigh, *Two Thousand Years*

Scott Thompson sah auf seine Uhr.¹ Er war hinter dem Zeitplan zurück. Bis zum Wochenende waren noch viele Dinge zu erledigen, und es war bereits Donnerstag. Thompson ist ein viel beschäftigter Mann. Als Präsident und früherer Technologiechef von PayPal, dem größten Internetzahlungsabwickler der Welt, ist er für die Alternativen zu Schecks und Kreditkarten verantwortlich. Aber er hatte versprochen, sich an diesem Tag 20 Minuten Zeit für einen Jungen zu nehmen, der behauptete, eine Lösung für das Problem von falschen Zahlungen, Kreditkartenbetrug und Identitätsdiebstahl im Internet gefunden zu haben.

Shvat Shaked besaß nicht die Forschheit eines Entrepreneurs, aber das machte nichts: Thompson wusste, dass die meisten Start-ups scheiterten. Shaked sah aus,

als hätte er nicht einmal so viel auf dem Kasten wie der durchschnittliche untergeordnete Softwareingenieur bei PayPal. Trotzdem würde sich Thompson mit ihm zusammensetzen, denn Shaked war von Benchmark Capital vermittelt worden.

Benchmark hatte in eBay investiert, damals, als das Unternehmen noch eine verschrobene Internettausbörse für PEZ-Spender gewesen war, die ihren Sitz in der Wohnung des Firmengründers hatte. Heute ist eBay eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 18 Milliarden Dollar und 16 000 Mitarbeitern in aller Welt. Und es ist die Muttergesellschaft von PayPal. Benchmark dachte über eine Beteiligung an Shaked's Unternehmen nach, das Fraud Sciences hieß und in Israel ansässig war. Um ihnen bei der Prüfung des Investments zu helfen, hatten die Benchmark-Partner Thompson gebeten, Shaked unter die Lupe zu nehmen. Schließlich konnte sich Thompson ein wenig mit Betrug im Internet aus.

»Erzählen Sie mir von Ihrem Geschäftsmodell«, sagte Thompson, der das Gespräch rasch hinter sich bringen wollte. Shaked rutschte ein wenig auf seinem Sessel herum wie jemand, der noch keine überzeugende einminütige Verkaufspräsentation für eilige Manager parat hatte. Dann begann er ruhig: »Unsere Idee ist einfach. Wir glauben, dass man die Welt in gute und schlechte Menschen unterteilen kann. Und wenn wir sie im Internet voneinander unterscheiden können, werden wir den Betrug unter Kontrolle bringen.«

Thompson bemühte sich, seine Enttäuschung zu unterdrücken. Das war zu viel verlangt, selbst von Benchmark. Vor PayPal war Thompson als Führungskraft beim Kreditkartenriesen Visa tätig gewesen, einem noch größeren Unternehmen, das in den Kampf gegen den Betrug ebenso viel Energie investierte wie eBay. Ein Großteil der Mitarbeiter von Kreditkarten-

„ Der Amerikaner antwortet: »Was bedeutet Knappheit?« Der Israeli sagt: »Was bedeutet »Entschuldigen Sie bitte?« “

firmen und Online-Händlern ist damit beschäftigt, neue Kunden zu überprüfen und Betrug und Identitätsdiebstahl zu bekämpfen, denn vom Erfolg in diesem Kampf hängen die Gewinnmarge und das Vertrauen der Kunden ab.

Bei Visa und in den Banken, mit denen das Unternehmen arbeitete, kämpften Zehntausende Mitarbeiter gegen den Betrug. Bei PayPal versuchten 2000 Leute, darunter rund 50 herausragende Ingenieure, den Gaunern Paroli zu bieten. Und da kam dieser grüne Junge daher und redete von »guten und bösen Menschen«, als wäre er der Erste, der sich mit diesem Problem beschäftigt hatte.

»Klingt gut«, überwand sich Thompson zu sagen. »Und wie machen Sie das?«

»Anständige Menschen hinterlassen Spuren – digitale Fingerabdrücke – im Internet, denn sie haben nichts zu verbergen«, erklärte Shvat, der ein Englisch mit starkem Akzent sprach. »Unanständige Menschen tun das nicht, sondern versuchen sich zu tarnen. Wir tun nichts weiter, als nach den Fingerabdrücken zu suchen. Findet man welche, kann man das Risiko auf ein akzeptables Maß verringern und einen Geschäftsabschluss wagen. So einfach ist das.«

Thompson hatte den Eindruck, dass dieser Bursche mit dem sonderbaren Namen nicht aus einem fernen Land, sondern von einem fernen Planeten stammte. Wusste er denn nicht, dass die Betrugsbekämpfung ein mühsamer Prozess war, in dem es darum ging, die Vergangenheit der Leute zu durchleuchten, Kreditgeschichten abzuarbeiten und anhand komplexer Algorithmen die Vertrauenswürdigkeit der Kunden zu bewerten? Man konnte nicht einfach in die Zentrale der NASA marschieren und erklären: »Wozu all die großartigen Raumschiffe bauen, wenn es auch eine Steinschleuder tut?«

Aber da er sich Benchmark verpflichtet fühlte, beschloss Thompson, den absonderlichen Besucher noch ein paar Minuten zu ertragen. »Und wo haben Sie gelernt, das zu machen?«, fragte er.

»Bei der Jagd nach Terroristen«, antwortete Shaked nüchtern. Er hatte in einer Armee-Einheit gedient, die im Internet die Aktivitäten von Terroristen verfolgt hatte, um diese aufzuspüren. Terroristen bewegen mit falschen Identitäten Geld im Internet. Shaked hatte die Aufgabe gehabt, ihnen im Netz nachzustellen.

Jetzt hatte Thompson wirklich genug von diesem »Terroristenjäger«. Er wusste, wie er sich aus der Affäre ziehen konnte. »Haben Sie das denn schon einmal ausprobiert?«, fragte er.

»Ja«, antwortete Shaked in einem gelassenen Ton, der Selbstsicherheit verriet. »Wir haben es bei Tausenden Transaktionen ausprobiert und immer richtiggelegen, mit Ausnahme von vier Fällen.«

Sicher doch, dachte Thompson. Aber diese Behauptung hatte seine Neugierde geweckt. Wie lange eine solche Prüfung denn dauere, wollte er wissen.

Shaked erklärte, sein Unternehmen habe seit der Gründung vor fünf Jahren 40 000 Transaktionen analysiert.

„ Thompson hatte den Eindruck, dass dieser Bursche mit dem sonderbaren Namen nicht aus einem fernen Land, sondern von einem fernen Planeten stammte.“

»Also gut, machen wir Folgendes«, sagte Thompson. Er wollte, dass Fraud Sciences 100 000 Transaktionen von PayPal analysierte. Es handelte sich um bereits durchgeführte Transaktionen. Man würde allerdings aus Datenschutzgründen einige persönliche Daten löschen müssen, was Shaked's Arbeit erschweren würde. »Schauen Sie, wie weit Sie damit kommen«, bot Thompson an, »und melden Sie sich, wenn Sie die Ergebnisse haben. Dann vergleichen wir unsere Ergebnisse mit Ihren.«

Da Shaked's junge Firma fünf Jahre gebraucht hatte, um die ersten 40 000 Transaktionen abzuarbeiten, würde Thompson den Burschen nicht so bald wieder sehen. Aber seine Forderung war nicht überzogen. Nur in diesem Maßstab konnte man feststellen, ob die etwas abwegig

klingende Lösung des Israelis in der realen Welt etwas wert war.

Die 40 000 Transaktionen, die Fraud Sciences bis dahin bearbeitet hatte, waren manuell analysiert worden. Shaked wusste, dass er sein System automatisieren musste, um das von PayPal vorgegebene Volumen rasch zu bewältigen und dabei verlässliche Analyseergebnisse zu erhalten. Das bedeutete, dass er das System, an dem er seit fünf Jahren arbeitete, ganz schnell auf den Kopf stellen musste.

Am Freitag ließ Thompson die Transaktionsdaten an Shaked schicken. »Ich war sicher, mich damit meiner Verpflichtung gegenüber Benchmark entledigt zu haben«, erinnert er sich. »Wir würden nie wieder von Shaked hören. Oder wenigstens würde er uns ein paar Monate in Ruhe lassen.« Zu seiner großen Überraschung traf am Sonntag eine E-Mail aus Israel ein. »Wir sind fertig«, hieß es darin.

Thompson konnte es nicht glauben. Das Erste, was er am Montagmorgen tat, war, die Ergebnisse von Fraud Sciences an seine Spitzeningenieure weiterzuleiten. Sie brauchten eine Woche, um die Ergebnisse mit denen von PayPal abzugleichen. Doch schon am Mittwoch zeigten sich Thompsons Ingenieure verblüfft über die bisherigen Resultate: Shaked und sein Team hatten in kürzerer Zeit bessere Ergebnisse erzielt als PayPal, und das mit unvollständigen Daten. Besonders deutlich war der Unterschied bei den Transaktionen, die PayPal das größte Kopferbrechen bereitet hatten – in diesen Fällen hatte Fraud Sciences 17 Prozent mehr zutreffende Bewertungen geliefert. Hier handelte es sich um jene Gruppen von Antragstellern, die PayPal anfangs abgelehnt hatte. Doch nachdem das Unternehmen die aktuelleren Kreditberichte der abgewiesenen Kunden analysiert hatte, war es nachträglich zu dem Urteil gelangt, dass es sich geirrt hatte: »Es sind gute Kunden«, sagt Thompson. »Wir hätten sie nicht abweisen sollen. Sie fielen in unserem System durch den Rost. Aber wie war es möglich, dass sie nicht durch den Rost von Shaked's System fielen?«

Nun wurde Thompson klar, dass er es mit einem wirklich neuartigen Werkzeug zur Betrugsbekämpfung zu tun hatte. Mit noch weniger Daten als PayPal hatte es

Fraud Sciences geschafft, genauer vorauszusagen, wer sich als guter Kunde erweisen würde und wer nicht. »Ich war sprachlos«, erinnert sich Thompson. »Ich verstand das nicht. Wir sind die Besten im Risikomanagement. Wie konnte es sein, dass uns ein israelisches Unternehmen mit 55 Mitarbeitern und einer beknackten Theorie über »gute und schlechte Menschen« derart alt aussehen ließ?« Thompson gelangte zu dem Schluss, dass Fraud Sciences einen Vorsprung von fünf Jahren vor PayPal haben musste. Sein früherer Arbeitgeber Visa wäre nie auf eine solche Idee gekommen, auch nicht, wenn man ihm für die Entwicklung zehn oder 15 Jahre Zeit gegeben hätte.

Thompson wusste, was er Benchmark zu sagen hatte: PayPal konnte es nicht darauf ankommen lassen, dass seine Konkurrenten die bahnbrechende Technologie von Fraud Sciences in die Finger bekamen. Das hier war kein Unternehmen, in das Benchmark investieren konnte. PayPal musste Fraud Sciences übernehmen, und zwar sofort.

Thompson legte seine Erkenntnisse eBays geschäftsführender Direktorin Meg Whitman vor.

»Ich sagte Scott, das sei unmöglich«, erinnert sich Whitman. »Wir sind der Marktführer. Wo um alles in der Welt ist dieses winzige Unternehmen aufgetaucht?« Thompson und sein Team von Ingenieuren erläuterten ihr die Resultate. Sie war verblüfft.

Nun standen Thompson und Whitman vor einem Problem, mit dem niemand gerechnet hatte. Was konnten sie Shaked sagen? Gab man gegenüber dem Leiter dieses Start-ups zu, dass er den Branchenprimus an die Wand gespielt hatte, würden die Leute bei Fraud Sciences sofort erkennen, dass sie auf einer Goldgrube saßen.

...

Die Verhandlungen dauerten nur ein paar Tage. Dann hatten sich Thompson und Shaked auf einen Kaufpreis von 169 Millionen Dollar geeinigt. Thompson und das Führungsteam von PayPal hatten geglaubt, sie würden billiger davonkommen. Als Shaked zu Beginn der Verhandlungen an dem höheren Preis festhielt, nahm Thompson an, es handle sich lediglich um einen Bluff. »Ich war der Meinung,

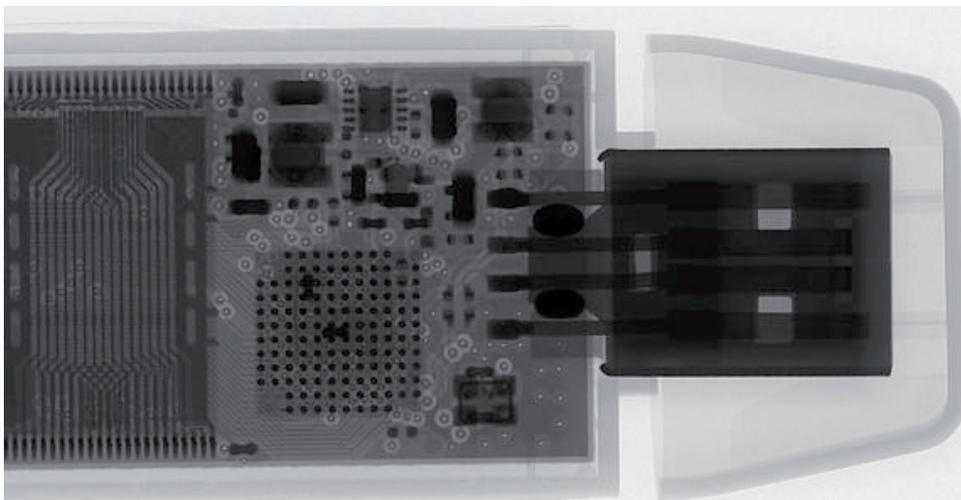
nie ein überzeugenderes Pokerface gesehen zu haben. In Wahrheit hatten die Leute von Fraud Sciences tatsächlich eine klare Vorstellung davon, was ihr Unternehmen wert war. Das waren keine Verkäufer. Sie bliesen den Wert ihres Produkts nicht auf. Shaked spielte mit offenen Karten. Er sagte: »Wir wissen, dass unsere Lösung die beste ist. Wir glauben, dass sie so viel wert ist.« Und dabei blieb es. Einer solchen Selbstverständlichkeit begegnet man nicht oft.«

Kurze Zeit später saß Thompson im Flugzeug. Er war auf dem Weg zu dem Unternehmen, das er gerade gekauft hatte. Nach einem 23-stündigen Flug von San Francisco nippte er kurz vor der Landung in Tel Aviv an einem Kaffee, der ihn munter machen sollte. Sein Blick fiel auf den Bildschirm im Korridor, auf dem die Flugroute auf einer Karte zu sehen war. Das kleine Symbol des Flugzeugs hatte das Ende der Linie erreicht. Das war erfreulich, aber dann fiel Thompson auf, was unmittelbar an den Zielort angrenzte. Er sah die Namen der Länder und Hauptstädte, die in einem Ring um Israel lagen: Beirut im Libanon, Damaskus in Syrien, Amman in Jordanien und Kairo in Ägypten. Für einen Augenblick wurde er von Panik ergriffen: »Da habe ich ein Unternehmen gekauft? Ich fliege in ein Konfliktgebiet!« Natürlich hatte er gewusst, wer Israels Nachbarn waren, aber es war ihm nicht wirklich bewusst gewesen, wie klein dieses Land war und wie sehr es von seinen Nachbarn bedrängt wurde: »Es war, als würde ich in New York landen und plötzlich dort, wo eigentlich New Jersey sein sollte, den Iran sehen.«

Doch als er einmal gelandet war, dauerte es nicht lange, bis er sich wohlfühlte an diesem Ort, der nicht allzu fremd wirkte und ihm einige angenehme Überraschungen bereitere. Er war beeindruckt von dem, was er auf dem Firmenparkplatz von Fraud Sciences sah: Die Heckscheiben sämtlicher Autos waren mit PayPal-Aufklebern verziert. »Einen solchen Stolz und solche Begeisterung sucht man bei einem amerikanischen Unternehmen vergeblich«, meint Thompson.

Das Nächste, was ihm auffiel, war das Verhalten der Mitarbeiter, als er der versammelten Belegschaft vorgestellt wurde. Sie sahen ihn alle aufmerksam an. Niemand schrieb SMS, surfte im Internet oder döste vor sich hin. Und als er die Diskussionsrunde eröffnete, gewann die Versammlung noch an Intensität: »Sie stellten bohrende Fragen. Ich wurde tatsächlich nervös. Ich hatte noch nie

derart viele unkonventionelle Meinungsäußerungen gehört, und sie kamen am laufenden Band. Und das waren keine gleichrangigen Kollegen oder Vorgesetzte, sondern einfache Mitarbeiter. Und sie scheuten sich nicht, Kritik daran zu äußern, wie wir bei PayPal die Dinge seit Jahren machten. Ich war noch nie einer solchen Einstellung begegnet, vollkommen unverblümt, unerschrocken, konzentriert. Ich ertappte mich bei dem Gedanken: »Wer arbeitet hier eigentlich für wen?«



Kleines Land der großen Talente: Auch der USB-Stick – hier in Röntgenaufnahme – ist eine Erfindung „Made in Israel“.

Scott Thompson machte erstmals persönlich Bekanntheit mit der israelischen Chuzpe. Der Gelehrte Leo Rosten beschreibt die Bedeutung dieses jiddischen Worts so: »Unverschämtheit [Dreistigkeit], Frechheit, Anmaßung und Arroganz, wie sie in keiner anderen Sprache klarer benannt werden.«² Ein Außenstehender würde die Chuzpe überall in Israel sehen: in der Art und Weise, wie Studenten mit ihren Professoren sprechen, wie Angestellte ihre Vorgesetzten kritisieren, wie Feldwebel Befehle ihrer Generäle infrage stellen, wie Büromitarbeiter Zweifel an den Entscheidungen von Ministern äußern. Doch in den Augen der Israelis ist das keine Chuzpe, sondern normales Verhalten. Im Lauf ihres Lebens – sei es in der Familie, in der Schule oder in der Armee – lernen die Israelis, dass forsches Durchsetzungsvermögen die Norm ist, während man mit Zurückhaltung riskiert, auf der Strecke zu bleiben.

Das kommt sogar in den Umgangsformen zum Ausdruck. Jon Medved, ein israelischer Entrepreneur und Wagniskapitalgeber, spricht gerne vom »Spitznamenbarometer«: »Man erfährt viel über eine Gesellschaft, wenn man beobachtet, wie die Mitglieder der Eliten angesprochen werden. Israel ist der einzige Ort auf der Erde, an dem jede Person, die eine Machtposition innehat – und das schließt den Ministerpräsidenten und die Generäle ein –, einen Spitznamen hat, der von aller Welt verwendet wird.«

Israels gegenwärtiger Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und sein Vorgänger Ariel Scharon sind »Bibi« und »Arik«. Der ehemalige Führer der Arbeiterpartei Benjamin Ben-Eliezer wurde nur »Fouad« genannt. Mosche Jaalon, einer der letzten Stabschefs der israelischen Streitkräfte, heißt »Bogey«. Der legendäre Mosche Lewi, der die Armee in den 80er-Jahren führte, wurde landläufig »Mosche VeHetzi« (»Mosche und ein Halber«) genannt – er war knapp zwei Meter groß. Andere historische Armeechefs waren Rehavam Zeevi alias »Gandhi«, David Elazar alias »Dado« und Rafael Eitan alias »Raful«. Den Gründer der Partei Schinui, Josef Lapid, kannte alle Welt nur als »Tommy«. Ein herausragender Minister in zahlreichen israelischen Regierungen war Isaak »Bugie« Herzog. Und all diese Spitznamen werden nicht hinter dem Rücken der Amtsträger verwendet, sondern ganz offen, und zwar von jedermann. Medved erklärt, die Anrede mit Spitznamen sei typisch für den wenig förmlichen Umgang, den die Israelis miteinander pflegen.

Das forsche Auftreten und der informelle Umgangston der Israelis entspringen auch einer tief in der Kultur verwurzelten Toleranz gegenüber »konstruktiven Fehlern« oder »intelligenten Fehlern«. Die meisten israelischen Investoren sind davon überzeugt, dass wirkliche Innovation nur möglich ist, wenn eine große Zahl derartiger Fehler hingenommen wird. In der israelischen

Armee neigt man dazu, sowohl erfolgreiche als auch erfolglose Vorgehensweisen als wertneutral zu betrachten, und zwar nicht nur im Training und in Gefechtssimulationen, sondern manchmal auch im Kampf. Sofern ein Risiko nicht unbedacht, sondern mit einer vernünftigen Begründung eingegangen wurde, kann auch aus Fehlschlägen etwas gelernt werden.

Loren Gray, Professorin an der Harvard Business School, weist darauf hin, dass zwischen »einem gut durchdachten Experiment und einem Vabanquespiel« unterschieden werden muss.³ Israelische Soldaten lernen, diese Unterscheidung schon zu Beginn ihrer Ausbildung vorzunehmen. »Wir feiern die Leute nicht übermäßig für eine gute Leistung, und wir rügen sie nicht übermäßig für eine schlechte Leistung«, erklärte uns ein Ausbilder der Luftwaffe.⁴

Tatsächlich fanden Wissenschaftler der Harvard University im Jahr 2006 in einer Studie heraus, dass Entrepreneure, die mit einer Unternehmensgründung gescheitert waren, eine Chance von fast eins zu fünf hatten, sich mit ihrem nächsten Start-up durchzusetzen – das bedeutet, dass die Erfolgsaussichten gegenüber dem von Personen, die ihr erstes Unternehmen gründeten, erhöht waren, vor allem aber nicht wesentlich schlechter als die Chancen von Entrepreneuren waren, die mit einem früheren Unternehmen Erfolg gehabt hatten.⁵

In seinem Buch *Geografie des Glücks* beschreibt der Autor Eric Weiner ein anderes Land (Island) mit einer ausgeprägten Toleranz gegenüber Fehlern als »eine Nation der Wiedergeborenen, wenn auch nicht im religiösen Sinne«. ⁶ Diese Einschätzung trifft sicher auf das israelische Konkursrecht und die Vorschriften für Unternehmensgründungen zu, die das Land zu jenem Ort im Nahen Osten machen, an dem es am einfachsten ist, ein neues Unternehmen ins Leben zu rufen, selbst wenn das vorhergehende Konkurs anmelden musste. Überhaupt ist Israel einer der freundlichsten Orte der Welt für Unternehmensgründer. Allerdings trägt dies auch zu dem Eindruck bei, die Israelis seien ständig in Eile und unentwegt auf der Suche nach der nächsten Gelegenheit.

Neuankömmlinge gewinnen oft den Eindruck, die Menschen in Israel seien rüde. Israelis haben keine Scheu, Leute, die sie kaum kennen, nach ihrem Alter oder dem Preis ihrer Wohnung oder ihres Autos zu fragen; und sie teilen völlig unbekanntem jungen Eltern, denen sie auf der Straße oder im Supermarkt begegnen, ungefragt mit, dass sie ihre Kinder nicht der Jahreszeit entsprechend kleiden. Für die Israelis gilt zweifellos, was man sich über die Juden erzählt: Zwei Juden, drei Meinungen. Wer keinen Gefallen an dieser Art von Offenheit findet, mag Israel möglicherweise nicht. Andere finden sie erfrischend und aufrichtig.

1. Die Informationen im folgenden Abschnitt stammen aus Interviews mit Scott Thompson, dem Präsidenten von PayPal, aus dem Oktober 2008 und dem Januar 2009, mit Meg Whitman, der ehemaligen Präsidentin und geschäftsführenden Direktorin von eBay, im September 2008 und mit Eli Barkat, dem Vorsitzenden und Mitgründer der BRM Group, der auch Startkapital für Fraud Sciences bereitstellte, im Januar 2009.
2. Leo Rosten: Jiddisch: Eine kleine Enzyklopädie, S. 154.
3. Loren Gary: »The Right Kind of Failure«.
4. Hintergrundinterview mit einem Ausbilder der israelischen Luftwaffe, Mai 2008.
5. Paul Gompers et al.: »Skill vs. Luck in Entrepreneurship and Venture Capital«.
6. Eric Weiner: *Geografie des Glücks*, S. 226.

